

Er scheint täglich außer Montags. Abonnements-Preis für Berlin: Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 20 Pf. fern in's Land. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage 'Neue Welt' 10 Pf. Post-Abonnement: 3,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Verwaltungs-Preisliste für 1892 unter Nr. 6612.

Interaktions-Beilage beträgt für die fünfzehntägige Zeit oder drei. Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Lesersprech-Anstalt: Amt 1, Nr. 4186.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Beuth-Strasse 2.

Donnerstag, den 10. März 1892.

Expedition: Beuth-Strasse 3.

### Was die Unfallversicherung lehrt.

Die Unfallversicherungs-Statistik ergibt ein erschreckendes Wachstum der Unfälle. Die Thatsache nun, daß sich für das Jahr 1890 eine Zunahme sowohl der Zahl der Verletzten, für welche Unfallanzeigen erstattet worden sind, als auch der Zahl derjenigen Unfälle ergeben hat, für welche im Jahre 1890 erstmalig Entschädigungen festgestellt worden sind, — erstere betrug 200 001 (gegen 174 874 im Jahre 1889), letztere 42 038 (gegen 31 449) — hatte das Reichs-Versicherungsamt veranlaßt, die Genossenschaftsvorstände anzufordern, über ihre Erfahrungen auf diesem Gebiete zu berichten. In einem Rundschreiben vom 22. Februar macht das Reichs-Versicherungsamt bekannt, daß von den gewerblichen Berufsgenossenschaften die überwiegende Mehrzahl als die hauptsächlichsten Gründe für die Zunahme der Unfälle folgende bezeichnet hat:

1. die im Jahre 1890 wesentlich verschärfte Kontrolle über die Anmeldung der Betriebsunfälle (§ 104 Absatz 2 des Unfallversicherungs-Gesetzes); 2. die angespanntere Thätigkeit der Industrie während des Jahres 1890 und des mit in Betracht kommenden letzten Theiles des Jahres 1889, sowie die dadurch vielfach herbeigeführte Einstellung von nicht genügend angeleiteten und geübten Arbeitern; 3. die mehr und mehr in alle Kreise der arbeitenden Bevölkerung eingedrungene Vertrautheit mit den Bestimmungen der Unfallversicherungs-Gesetzgebung, welche naturgemäß zu einer häufigeren Verfolgung von Entschädigungsansprüchen, insbesondere auch bei leichten Verletzungen, geführt habe; 4. die durch die Rechtsprechung des Reichs-Versicherungsamts und der Schiedsgerichte gewonnene wohlwollende, übrigens auch dem Geiste der sozialen Gesetzgebung entsprechende Auslegung des Begriffs 'Betriebsunfall', welche erst in den letzten Jahren in die Praxis der Genossenschaftsorgane in vollem Maße Eingang gefunden und zur Anerkennung einer erhöhten Zahl von Entschädigungsansprüchen, und auch hier gerade für die 'leichteren' Unfälle, beigetragen habe. In letzterer Beziehung machen mehrere Genossenschaftsvorstände darauf aufmerksam, daß die Arbeiter in wachsendem Maße für kleinere Verletzungen, welche vor Einführung der Unfallgesetzgebung nicht beachtet wurden, Entschädigungsansprüche erhoben. Gerade diese Ansprüche, und zwar insbesondere auch die wegen angeblich durch Betriebsunfall entstandener Leistenbrüche erhobenen, immer zahlreicher auftretenden Entschädigungsansprüche ergäben einen recht erheblichen Bruchtheil der insgesamt zu entschädigenden Unfälle.

Kein Zweifel, daß die schärfere Kontrolle, daß ferner die größere Vertrautheit mit den Versicherungs-Gesetzen die Ziffer der angemeldeten Unfälle erhöht hat. Aber nur ein kleinerer Bruchtheil des Zuwachses ist offenbar dem Einflusse dieser Momente zuzuschreiben. Das unter 2. angeführte Moment steht mit in erster Reihe, aber immer doch nur als Folgeerscheinung.

Die betrübende Aufwärtsbewegung der Unfallziffer jedoch ist unzweifelhaft mit dem Fortschritte der heutigen Wirtschaftsweise verbunden. Dieser bedingt die fortgesetzte Entwicklung und Vervollkommnung aller technischen Mittel, er zwingt zur Einführung der besten, d. h. der auf größter Stufenleiter mit möglichster Geschwindigkeit arbeitenden Maschinerie, er bringt

den technisch bis in die kleinsten Einzelheiten verfeinerten Großbetrieb zur Herrschaft, dessen Lösung lautet: So rasch und so wohlfeil wie nur angeht zu produzieren. In Zeiten des guten Geschäftsganges, der wachsenden Nachfrage, der Ueberzeugung treten alle Uebelstände dieser Großproduktion noch greller hervor, das Menschenmaterial wird noch weniger geschont, noch intensiver ausgenutzt, folglich weniger widerstandsfähig, schneller erschöpft und verfällt den Gefahren des Betriebes noch leichter als sonst. Dazu tritt der dem modernen Industriewesen charakteristische Ersatz der geschulten Arbeit durch Handlangerarbeit, der Männer durch Weiber, jugendliche Arbeiter und Kinder, die nothwendige Wirkung des Maschinenwesens, das sich mit jedem Tage mehr perfektionirt. Ist Noth am Mann, floriert das Geschäft, so werden in den Produktionsprozess noch stärkere Aufgebote unqualifizierter Arbeiter hineingezogen, billig, willig und weit mehr gefährdet, als die handwerksmäßig geschulten, auf ihr Sondergewerbe eingeschlulten, gelehrten Arbeiter. Die treibende Kraft bei diesem Verfahren des Unternehmertums ist die Plusmacherei, ist der durch den Druck der ökonomischen Verhältnisse hervorgerufene Zwang, mit allen Mitteln auf dem Markte zu konkurriren.

So lange der gesetzliche Arbeiterschutz so unzulänglich ist, wie noch heute, so lange die lärglichen Schutzbestimmungen zu Gunsten der Industriellen eingeschränkt und durchlöchert werden, ist auf eine erhebliche Abnahme der infolge dieser Missetände sich ereignenden Unfälle nicht zu rechnen. Man schaffe einen allgemeinen wirklichen Normalarbeitstag, man erzwingt die Durchführung der Fabrikgesetze, man führe eine Fabrikaufsicht durch, welche diesen Namen verdient, man wende die schroffsten Maßregeln an, um die Anbringung aller der Vorrichtungen zu erreichen, welche Leib und Leben der Arbeiter schützen. Kurzer Arbeitstag giebt frische, um vieles leistungsfähigere, also auch die Profitrate nicht kürzende, sondern erhöhende Arbeitskräfte. Hohe Löhne und gute Ernährung, Behausung, ausreichende Ruhe, mit Einem Worte eine gute Lebenshaltung sind die nothwendigen Vorbedingungen für eine Verminderung der Unfallgefahr.

Daß das Reichs-Versicherungsamt unter Böklers Leitung seine Pflichten wohl erfüllt, ist von uns nie bestritten worden. Aber die Ueberlast an Geschäften führt zu bedenklichen Uebelständen; es ist nicht zu leugnen, daß da, wo Bökler nicht direkt eingreift, der juristische Formalismus auch im Reichs-Versicherungsamt zum Durchbruch kommt, sehr zum Schaden der Sache. Jedenfalls aber herrscht auch auf diesem Gebiete — persönliches Regiment. Es verschwinde Herr Bökler, der ernsthafteste Sozialpolitiker und unbefangene Gentleman, vom Schauplatz: welcher Umschwung, wenn ihn ein starker Streber ersetzt! Energisch aber ist zu protestieren gegen die Auffassung, als ob auch die Schiedsgerichte so 'wohlwollend' verfahren. In ihrer großen Mehrheit tritt naht und unverfälscht das Unternehmerinteresse in den Vordergrund, und die Ziffer der Berufungen ist der beste Beweis, daß Vieles faul ist im — sozialen Reich.

Bezeichnend ist es, daß verschiedene Berufsgenossenschaften folgendes erklären:

„Von einigen Seiten wird das vielfach hervortretende Bestreben verletzter Arbeiter betont, anderweitig erworbene oder schon früher vorhanden gewesene Krankheiten, wie Lungentuberkulose u. s. w., auf einen Betriebsunfall als unmittelbare, häufiger noch als nur mitwirkende und mittelbare Ursache zurückzuführen. Auch findet sich die Ansicht, daß das wachsende Gefühl der Sicherheit, das den Arbeitern aus der Aussicht auf eventuelle Entschädigung erwächst, sie hin und wieder zur Außerachtlassung der Unfallverhütungs-Vorschriften und zu einer gewissen Nachlässigkeit bei dem Gebrauch der Schutzvorrichtungen zu verleiten scheint. Ferner wird die zunehmende Vermehrung der Unfälle in den großen Industriezentren theils auf die Gelegenheit zu häufigerem Arbeitswechsel, theils auf die Frische und Besonnenheit der Arbeiter beeinträchtigende großstädtische Lebensweise zurückgeführt; auch sollen die hier häufiger ausbrechenden Streiks einen leicht erklärlichen, ungünstigen Einfluß auf die Vermehrung der Unfälle ausüben.“

In wessen Dienst, zu wessen Vortheil die abgerackerten Proletarier sich die 'früher vorhanden gewesenen Krankheiten' wohl erworben haben! Und nicht bewiesen, behauptet wird. Aber es ist klar, daß in der That ein Mensch mit durch Siechthum geschwächtem Körper mehr disponirt zu Unfällen ist, als ein gesunder Mensch. Die Insinuation, daß die Arbeiter wegen des Bettelgeldes der Unfallrente, die oft noch in knickrigster Weise von der Berufsgenossenschaft angesodeten wird, einen Unfall fahrlässig herbeiführen, ist so absurd wie unsehr. Der Arbeitswechsel wird vorgenommen, wenn die Arbeitsbedingungen anderswo günstiger sind; wie dies aber mit den Unfällen kausal zusammenhängen soll, ist schwer zu begreifen. Und 'die großstädtische Lebensweise', womit wahrscheinlich doch auch die 'Vergnügungssucht' der Arbeiter angepielt ist, setzt deren Frische nicht herab, sondern Ueberarbeit, Unterernährung, Mangel an Ruhe u. s. w. Und nun die Streiks! Wenn nächstens behauptet wird, daß Erdbeben, Mondfinsterniß, Sonnenflecke eine Folge von Unständen seien, so wird das verfallene Philistertum es auch glauben.

Zum Schluß heißt es:

In den landwirtschaftlichen Betrieben wird die Zunahme der Zahl der entschädigten Unfälle zwar durch den Umstand zur Genüge erklärt, daß bei einem großen Theile der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften im Jahre 1890 das Gesetz überhaupt erst während eines vollen Rechnungsjahres in Kraft war. Auch bestätigen die eingegangenen Berichte durchgehend, daß der oben unter 3. angeführte Umstand im Bereiche der Landwirtschaft für die Vermehrung der Zahl der entschädigten Unfälle der ausschlaggebende ist, da naturgemäß die Kenntnis der Unfallgesetzgebung auf dem Lande viel langsamere Fortschritte gemacht habe. Bei dem kurzen Bestande der landwirtschaftlichen Unfallversicherung ist es auch erklärlich, daß den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften noch keine Gelegenheit zur Sammlung umfassenderer Erfahrungen nach Art der von den gewerblichen Berufsgenossenschaften in ihren Berichten niedergelegten gegeben war. Doch ist zu erwähnen, daß die Mehrzahl der Berufsgenossenschaften ebenfalls die verschärfte Kontrolle über die An-

### Reuilleton.

Abdruck verboten.

59

#### Am Webstuhl der Zeit.

Zeitgenössischer Roman in 3 Bänden von A. Otto Walster.

Was mich aber zu diesen vielleicht etwas ausschweifenden Betrachtungen veranlaßt, ist die Ueberzeugung, daß wir mit unserer Genossenschaft nicht lediglich nur an uns, auch nicht lediglich an unseren Stand denken dürfen, sondern daß wir, wie damals schon der Deputierte der Wehrhahn'schen Druckerei betonte, innerhalb der großen Bewegung bleiben müssen, welche sich die Befreiung der Arbeit von den entwürdigenden Fesseln des Kapitals zum Ziel gesetzt hat. So fehlerhaft es nun in den Augen eines kaufmännischen Mannes erscheinen dürfte, die Kräfte unseres Geschäfts durch Theilnahme an anderweitigen Unternehmungen zu zerstreuen, so wichtig und unabwiesbar ist doch für uns die Aufgabe, durch einen kleinen Theil unseres Geschäftsgewinnes, den wir dadurch ermöglicht haben, daß wir befreit worden sind von den Fesseln des Kapitals, andere Arbeiter zu befreien, die dann auch einen höheren Gewinn erzielen können, als bisher, und ihrerseits mit uns gemeinschaftlich an der Befreiung immer weiterer Kreise zu arbeiten vermöchten. Im Anfange werden unsere Opfer ganz verschwindend kleine Resultate haben, aber in jedem Arbeiter, den wir befreien, erwächst ein Mitarbeiter am großen Welterlösungswerke, und schließlich ist das Resultat ein ungeheures. Ich weiß, wie schon ge-

sagt, daß ich mit einem solchen Vorschlage vor einem Kreise von Kaufleuten und Fabrikanten Lachen und Spott ernten würde, weil diese Leute von derartigen Opfern für ihre Mitmenschen gar keinen Begriff haben. Auch Christus fand seine opferfreudigen Anhänger nur unter den Armen und Elenden, denn der hochangesehene Nicodemus wagte nur verstoßen mit ihm zu verkehren. Um nun aber von den Wünschen und Hoffnungen zu den Thaten des Herrn Barth zurückzukommen, schlage ich vor, daß wir von dem Reingewinn nur zwei Fünftel den Mitgliedern gut schreiben, ein Fünftel der Kranken- und Invalidenklasse zuweisen, ein Fünftel zum Geschäftskapital schlagen und das letzte Fünftel dazu verwenden, ähnliche Genossenschaften ins Leben zu rufen. Dieses Kapital bleibt, es mag noch so oft an uns zurückgezahlt werden, immer diesem Zwecke gewidmet, und die von uns auf diese Weise ermöglichten Genossenschaften übernehmen die Pflicht, in gleicher Weise etwas für ihre leidenden Mitarbeiter zu thun. Es wäre dies die einzige Möglichkeit, wie wir um die mit Recht so viel gefürchtete Staatshilfe herumkommen können, wenn ich auch im Interesse der Menschlichkeit die Hoffnung festhalte, daß unser Beispiel allein den Beweis liefern wird, wie in der That derartige Genossenschaften kreditfähig sind. Es ist selbstverständlich, daß wir unsere Liebesgaben zuerst solchen Genossenschaften zuwenden, die geringere Summen zu ihrer Einrichtung bedürfen und deren Arbeitsprodukte wir selbst täglich gebrauchen, ich meine z. B. Cigarren-, Schuhmacher- und Schneiderwerkstätten, Bäckereien und dergleichen. Sie werden sich wundern, wie das nach und nach einanderbergreifen wird, und werden erkennen, wie Sie sich selber geholfen haben, indem Sie Anderen zu helfen glaubten. Ich will aber gleich von vornherein davor warnen, Arbeitszweige in Angriff zu nehmen,

welche der Großfabrikation bereits rettungslos verfallen sind und denen wir uns mit größeren Kapitalien, die uns zur Zeit nicht zu Gebote stehen, ohne ein klägliches Fiasko Konkurrenz zu machen versuchen könnten.“

Die hierauf eintretende Pause unterbrach der Vorsitzende mit der Frage:

„Wünscht einer aus der Versammlung das Wort über diesen Vorschlag unseres Freundes zu ergreifen?“

Niemand meldete sich, und Danke fuhr deshalb fort:

„Wir haben im kleineren Kreise diese Frage lebhaft besprochen, ernstlich erwogen und sind vollständig von der Nothwendigkeit und Richtigkeit dieser Maßregel überzeugt. Um Sie mit Ihrem Urtheil jedoch nicht zu schnell in Anspruch zu nehmen, schlage ich vor, daß wir zur Bedenkung dieser Sache Jedem eine Frist von drei Tagen gönnen, ehe wir zu einem Beschlusse schreiben, und daß wir einstweilen die Verfügung über unseren Geschäftsgewinn in der Schwebe lassen.“

Dieser Vorschlag fand einstimmige Genehmigung, und Danke fuhr weiter fort:

„Es steht zunächst eine Beschwerde unseres Kameraden Schwarz auf der Tagesordnung. Derselbe ist mit der Abschätzung seiner Arbeit nicht zufrieden und appellirt an das Urtheil der Kollegen. Wir haben für solche Fälle die Bestimmung, daß jedes Mitglied der Genossenschaft seinen Namen in die Urne wirft, aus welcher dann drei Namen herausgenommen werden, deren Träger als Schiedsgericht zusammentreten; selbstverständlich sind die früheren Abschätzer, sowie der Beschwerdeführer hiervon ausgeschlossen. Ich werde jetzt die Urne herumgehen lassen und bitte, die Zeitel, auf welche Jeder seinen eigenen Namen geschrieben hat, zusammengefaltet hineinzuworfen.“

meldung der Betriebsunfälle und die Spruchabgabe des Reichs-Versicherungsamts und der Schiedsgerichte, einige auch die vermehrte Ausbeutung unbedeutender Unfälle und schon früher bestandener Krankheiten als Gründe der Vermehrung der bekannt gewordenen Unfälle bezeichnet haben.

Die profitwütigen Junker, deren schmähliche Nichtachtung des Lebens der Landarbeiter selbst die preussischen unterzogenen Fabrikinspektoren geißeln, werden über diese Ehrenrettung so erstaunt wie erstarrt sein. Keine Schutzvorrichtung, die diesen Namen verdient, schändliche Ausbeutung, das ist die Lösung des landwirtschaftlichen Zahlenathleten.

Auch für das Jahr 1891 hat sich eine Steigerung der zur Anmeldung gelangenden und der entschädigten Unfälle ergeben: erstere betrug 224 028, letztere 51 437. Das Reichs-Versicherungsamt hat die Berufsgenossenschaften aufgefordert, diese Angelegenheit nicht nur sorgfältig im Auge zu behalten, sondern auch sich die Ermittlung der in der Arbeiterklasse über die Sache hervortretenden Ansichten durch entsprechende Anhörung der Vertreter der Arbeiter — insbesondere gelegentlich ihrer etwaigen Zuziehung zu der Beratung und Beschlussfassung über den Erlass oder die Abänderung der Unfallverhütungs-Vorschriften — nach Möglichkeit angelegen sein zu lassen.

Wir haben kein Vertrauen zu den Arbeitern, welche von den Berufsgenossenschaften erkauft werden, der Gedanke selbst aber ist gut. Nur bedarf er einer anderen Durchführung.

## Bürgerliche Utopien.

Die „Heimstätten“ spielen auf agrarischem Gebiete ungefähr dieselbe Rolle in der Wirtschaftspolitik der bestehenden Klassen, wie der Befähigungsnachweis auf gewerblichem. Das läßt sich bis in Einzelheiten hinein verfolgen und bekundet sich auch äußerlich durch die Verworrenheit, welche in den Köpfen der bürgerlichen Urheber dieser Utopien über ihre Durchführbarkeit herrscht. Wenigstens ist der Bericht, welchen die XXIV. Kommission des Reichstages soeben über den Entwurf eines Heimstätten-Gesetzes an das Plenum erstattet hat, eine wahre Musterleistung wirtschaftspolitischer Unklarheiten und Absurditäten, ein reines Monstrum in gesetzgeberischer Hinsicht. Das gilt freilich trotz den eifernen Artikeln der „Freisinnigen Zeitung“ ebenso für die freisinnige, wie für die konservative Weisheit, welche in der Kommission verzapft wurde, und die beste Rolle spielten dabei eigentlich noch die Regierungskommissare dritten oder vierten Ranges, welche zu den Beratungen delegiert waren, und deren Fragen und Bemerkungen sehr oft beinahe einen ironischen Anstrich haben. Man läßt diese agrarische Agitation sich selbst befriedigen und gewährt ihr das Vergnügen der Selbstbewunderung; inzwischen gehen die Dinge doch ihren Gang, und von den Bauern, für welche gesorgt werden soll, ist schließlich gar keiner mehr übrig.

Die Regelmäßigkeit zwischen dem Heimstätten-Gesetz und dem Befähigungsnachweis besteht darin, daß aus einer gesellschaftlichen Gruppe, welche infolge der großkapitalistischen Entwicklung unrettbar verloren ist, dort die Handwerker, hier die Bauern, ein paar Epitaphen durch künstliche Fiktion und Privilegierung erhalten werden sollen, um den Schein zu erwecken, als wäre damit die ganze Gruppe aus dem Strudel des Unterganges gerissen. So wollen die adeligen Urheber des Heimstätten-Gesetzes, deren Interesse für den Kleingrundbesitzer ja überhaupt nur ein höchst platonisches sein kann, einzelnen bäuerlichen Elementen die Möglichkeit verschaffen, sich unter allerlei merkwürdigen Formalitäten einen Besitz zu schaffen, der unteilbar und nur zur Hälfte verschuldbar ist, auch der Exekution nur für bestimmte, bevorzugte Forderungen unterliegt und (man denke sich!) nur an Angehörige des Deutschen Reiches veräußert werden darf. Wie patriotisch! Ruz und gut — man will eine kleine Bauern-Kristokratie künstlich schaffen, und das Ganze kommt in die richtige politische Beleuchtung, wenn man im besagten Kommissionsbericht S. 6 liest, daß es sich auch hier um ein wirksames Gegenmittel gegen die Sozialdemokratie handelt, der unvermeidlichen antisemitischen Tendenz nicht zu vergessen, die man in dem geschmackvollen Satze (S. 18) ausgedrückt findet, daß „in gewissen Dörfern der Jude die ganze Bauernschaft mit Einschluß der Frauen an der Leine habe“. Nebenbei wird auch noch ein Liebesblick nach den Groß-Industriellen geworfen; so heißt es S. 24: „ferner könnte doch namentlich der Staat in die Nähe seiner ausgedehnten Gruben und Werksstätten Heimstätten für seine Arbeiter errichten“; und „warum sollten z. B. im Dortmunder Bezirke, wo so viele Gruben seien, nicht Heimstätten für Arbeiter errichtet werden?“ Die Agrarier wissen eben auch, welches die schwache Seite der Schleiðarone ist, und was man mit einem Arbeiter Alles anfangen kann, wenn man, wie im Saarrevier z. B., durch Vorenthaltung von Bauprämien auf ihn drückt.

Ein Seher nahm die Urne und ging damit unter den Genossen herum; aus den gesammelten Zetteln nahm ein Anderer, nachdem die Urne geschüttelt worden, drei heraus, las die Namen laut vor und legte dann jedesmal das offene Papier auf den Tisch des Vorstehenden. Dieser las die Namen nochmals vor und forderte die Gewählten auf, sofort nach Beendigung der Geschäftsstunden an die Prüfung des Falles zu gehen.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung, fuhr Hante zu melden fort, betrifft eine Strafe, welche der Genosse Lehnert dadurch verwickelt, daß er im Laufe der Woche zu dreien Malen die festgesetzten Arbeitsstunden nicht innegehalten und dadurch die gewünschte Ablieferungsfrist verzögert hat. Es ist ihm infolge dessen nach zweimaliger Verwarnung durch den Wertführer vom Geschäftsausschuss eine Geldstrafe von einem Thaler zuerkannt worden. Genosse Lehnert anerkennt die Berechtigung der Strafe, gesteht sein Unrecht ein, will aber die Strafe im Gnadenwege erlassen haben, wozu die Einwilligung der Genossenschaft erforderlich ist. Wir wollen dem Urteil der Versammlung nicht vorgreifen und behalten uns unser Gutachten vor. Herr Mosel hat sich zum Wort gemeldet.

„Ich bin ein naher Freund Lehnert's,“ bemerkte der Genannte, und darf als solcher, ohne gehässig zu erscheinen, gegen ihn sprechen. Mir scheint, daß es nicht gut gethan ist, gleich beim ersten Falle einen Straferlass zu beschließen. Je mehr die Gesetze aus dem Gesamtwillen der Beteiligten entspringen sind, je mehr Achtung und Befolgung haben sie zu erwarten; ich stimme deshalb gegen den Erlass der Strafe.“

Von gleicher Ansicht geleitet, ist auch der Geschäftsausschuss zu dem Beschlusse gekommen, die Ablehnung des Gesuches bei Ihnen zu beantragen,“ fügte Hante hinzu.

„Es hat noch Herr Dr. Lange uns Wort gebeten.“

Nicht um des Verurteilten willen, meinte der Schriftsteller, sondern um unserer selbst willen, möchte ich den Zeitpunkt möglichst weit hinausgerückt wissen, in dem wir unter unseren Genossen einen Bestrafften haben. Es ist an sich schon eine sehr schwere Strafe, der erste Verurtheilte zu

Um aber auf die freisinnig-konservative Weisheit der wirtschaftspolitischen Beweisführung des Kommissionsberichtes zurückzukommen: sie wirkt an mehreren Stellen geradezu kostbar. Die konservativen Freunde der Vorlage haben das unbestimmte Gefühl, daß auch in der Landwirtschaft gegenüber der Technik und Kapitalkraft des Großbetriebes, den sie übrigens selbst repräsentieren, kein Halt mehr für den mittleren und kleinen Bauer ist. Sie merken auch, daß der Bauer auf diese Weise immer mehr Sozialdemokrat wird. Aber um die letzte Konsequenz ziehen zu können, sind sie eben zu — konservativ. Zugestehen, daß auch in der Landwirtschaft der gemeinwirtschaftliche Betrieb im Großen das Ende vom Liede sein muß, das verbietet ihnen ihr Klasseninteresse. Geschehen muß aber Etwas, denn beim natürlichen Gang der Dinge verschwindet der Kleinbetrieb zu rasch zum Nutzen der Sozialdemokratie. Und so entwirft im konservativen Kopfe der Homunculus des Heimstättenbauers, dessen künstliche Fiktion die natürliche Lebenslast ersetzen soll, der aber ein wirtschaftliches Umding in der Zeit der Dampfplüge und Dampfmoorkreien ist. Auf dem umgekehrten Wege gelangen die „Freisinnigen“ zu ihrer Utopie eines „freien Bauern“, um denselben sie den Heimstättenbauern zu verwerfen. Weil die Bildung des Großgrundbesitzes unfähig auch durch die politische Form der Fideikommiss begleitet worden ist, und die Fideikommissbesitzer jetzt für einen ähnlich privilegierten Bauer schwärmen, so erblicken die Freisinnigen das Mühsale der Entwicklung in ihren gesetzgeberischen Folgererscheinungen, in der Privilegierung. So kommen die Liberalen zur Utopie des „freien Bauern“, der stetig gegen den Großgrundbesitz durchzusetzen wird. Nur der „freie Bauer“ hat den genügenden Personalkredit; mit Personalkredit und „Bildung“ hat aber der Mensch Alles, was er von Manchesterthum verlangen kann; wenn er damit nicht auskommt, ist es sein persönliches Pech. Also laßt den Bauer „frei“! Leute, die mit wirtschaftsgeschichtlichen Kenntnissen von dem jahrzehntelangen Verzweiflungskampf „freier“ Bauern gegen den Großbetrieb so wenig belastet sind, wie die Freisinnigen, können sich ja solche Argumente und Schlüsse gestalten. Daß bei dieser tiefen Weisheit haben wir drüben aus der Heimstätten-Gesetz-Kommission Nichts für den „Bruder Bauer“ herauskommen konnte, wird hoffentlich Niemanden Wunder nehmen.

Was also das durch die Kommission „gelieferte“ Gesetz mit Hilfe des gefälligen und urtheilslosen Zentrums Rechtskraft erlangen oder nicht, — die agrarische Entwicklung wird unbeeinträchtigt ihren Gang gehen. Die kulturelle Dede des platten Landes wird nach wie vor Bauern und Tagelöhner in immer größerer Schaar in die Städte treiben, und der sich ausbreitende landwirtschaftliche Großbetrieb wird Arbeiter je länger je sicherer nur dann zurückhalten, wenn er sich zur menschenwürdigen Bezahlung derselben entschließt. Dann tragen aber die Arbeiter den sozialistischen Gedanken zurück auf Land und die Lösung aller Schwierigkeiten bahnt sich auf diese Weise langsam aber unermüdlich an, mit und ohne Heimstätten-Gesetzgebung.

## Politische Ueberblick.

Berlin, den 9. März.

Der Reichstag steht schon seit ca. 14 Tagen unter dem Zeichen einer verschleierte Obstruktion. Sehr einflussreiche Kreise bieten ihre ganze Macht auf, um die Annahme des Telegraphengesetzes zu hintertreiben oder doch wenigstens die Entscheidung darüber so lange als möglich hinaus zu schieben, wobei diese Kreise wohl noch immer auf irgend einen ihnen günstigen Zwischenfall hoffen. Eine Wirkung dieses Einflusses ist es, wenn im Reichstag Tag um Tag über die gleichgültigen Dinge stundenlang debattiert wird, und fast jeder Tag das Schauspiel bietet, daß dieselben Redner zur selben Sache zwei, drei und mehrere Male das Wort ergreifen, um längst Gesagtes immer noch einmal zu wiederholen. So haben ganz geringe Etatsposten zu angebotenen Kolonialdebatten erhalten müssen und gestern und heute hat eine von Pfälzer Tabakinteressen eingebrachte Resolution, deren Inhalt auf eine Erhöhung des Tabakzolls von 55 auf 125 M. pro Doppelcentner abzielt, den Vorwand geliefert, um beide Sitzungen mit Jollreden anzufüllen. Da man doch nicht immer von Tabak reden konnte, so wurden kleine Abstecker in andere Gebiete unseres Zolltarifs gemacht, so daß man sehr oft im Zweifel sein konnte, ob sich die Debatte um eine bestimmte Position oder ganz allgemein um die Frage: Schutzoll oder Freihandel drehe.

Es ist ausgeschlossen, diesen Abschweifungen durch einen Schlussantrag ein Ende zu machen, weil die Obstruktionisten stets mit der Drohung der Auszählung im Hintergrunde stehen und die Reichsboten trotz

sein, erschweren wir sie nicht noch dadurch, daß wir ein Gnadengesuch abschlägig bescheiden.“

Herr Lehnert hat uns Wort gebeten“, bemerkte der Vorsitzende.

Alle Augen richteten sich auf den Verurteilten, der ziemlich verstört ansah und mit schwacher Stimme begann: „Da ich den Ansichten meines Freundes und des Geschäftsausschusses beipflichten muß, so ziehe ich mit Einwilligung der Versammlung mein Gesuch zurück und bitte nur, daß mir die Strafe nicht vom Lohn, sondern von meinem Guthaben abgezogen wird.“

Diese letztere Bitte dürfte nichts Bedenkliches haben,“ meinte Hante, und wenn Niemand hierüber das Wort weiter begehrt, so gehe ich zum nächsten Punkt über. Zwei Mitglieder unserer Genossenschaft haben an zwei andere Mitglieder Schuldanprüche wegen früherer Darlehen. Da nun die Gläubiger das Geld nicht länger entbehren, die Schuldner noch nicht zahlen können, so ist in beiden Fällen von beiden Parteien an uns die Bitte ergangen, das Geld einstuweilen vorzustrecken und von den Schuldnern ratenweise einzuziehen. Die Betreffenden wollen nicht gern genannt sein; der Betrag der Schuld übersteigt das Guthaben der Schuldner nicht; wir haben das Geld in der Kasse, und es scheint uns daher diese Sache ganz unbedenklich. Will jedoch Jemand hierüber sprechen? ... Das scheint nicht der Fall zu sein, und habe ich wiederum Herrn Barth das Wort zu weiteren geschäftlichen Mittheilungen zu geben.“

Werthe Geschäftsgenossen,“ begann der Genannte nunmehr, die weiteren Mittheilungen, welche ich Ihnen zu geben habe, sind leider weit weniger erfreulicher Natur, als die, welche ich Ihnen im Anfange vorzutragen hatte. Es ist, als wenn die Bourgeoisie eine dunkle Ahnung davon hätte, daß wir mit Gründung unserer Assoziation ihr ein entferntes Grab zu graben begannen. Es ist ein Instinkt der Selbstsucht, der sie das fühlen läßt, denn vom wirklichen Erfassen der ganzen Bedeutung dieser neuen sozialen Schöpfung ist bei ihr nicht die Rede. Aber die bloße Ahnung genügt ihr, um sie zu veranlassen, mit der ganzen

Bitten und Mahnungen nicht nach Berlin zu bringen sind. So zeigte sich auch heute das Haus wieder beschlußunfähig, als die Abstimmung über die Tabakresolution endlich erfolgte. Der Präsident setzte zwar sofort eine neue Sitzung auf eine Viertelstunde später an, die Segner des Telegraphengesetzes hatten aber ihren Zweck erreicht. Die Verhandlung darüber ist um weitere acht Tage hinausgeschoben und das Duell Siemens-Stephan kann mittlerweile hinter den Kasten weiter gekämpft werden. Ein recht erbauliches Schauspiel ist das zwar nicht, aber da es sich um ein Ausbeutungsobjekt handelt, dessen Ausbeutungsfähigkeit sich heute wohl ahnen, aber nicht absehen läßt, so begreift es sich, daß das profitflüsternde Kapital alle Mienen springen läßt, um sich die Bahn für die Zukunft frei zu halten. —

Eine Novelle zum Unterstützungswohnsitz. Zu den vielen Vorlagen soll, wie der Minister von Bötticher in der Sitzung des Deutschen Landwirtschaftsraths vom 8. d. M. angekündigt hat, eine Novelle zum Unterstützungswohnsitz kommen. Sie setzt die Altersgrenze für die Erlangung des Unterstützungswohnsitzes auf 18 Jahre fest, und zwar deshalb, weil die wirtschaftliche Selbstständigkeit des Arbeiters wie der Arbeiterin schon mit diesem Jahre beginnt. Weshalb bindet man aber das Reichstags-Wahlrecht an die Altersgrenze von 25 Jahren? Ferner beseitigt die Novelle einen Mangel des § 28, welcher keine Vorschrift über die Verjährung der Erstattungsspflicht enthält. Der § 29 erhält einen Zusatz dahin, daß auch land- und forstwirtschaftliche Arbeiter Aufnahme in der betreffenden Gemeinde finden müssen. Die Pflicht der Aufenthaltsgemeinde zur armenrechtlichen Unterstützung soll von 6 auf 13 Wochen ausgedehnt werden. Weiter werden Regeln aufgestellt über die Beweiskraft und die Beweisführung darüber, ob bzw. wo Jemand Unterstützungswohnsitz besitzt, und endlich soll eine Art Polizeivorschrift erfolgen, welche denjenigen, der seine Angehörigen ohne Unterstützung läßt, mit einer angemessenen Strafe bedroht. Die lebhaften Beifallrufe der Agrarier deuten an, in welchen Bahnen die Novelle wandelt: sie bereitet offenbar eine neue Entlastung des nothleidenden Großgrundbesitzes der ostelbischen Gebiete auf Kosten der städtischen und Industriebezirke vor. —

Die chronische Beschlußunfähigkeit des Reichstags. Es ist Mode geworden, die Nichtabnahme von Diäten als Hauptursache des spärlichen Reichstagsbesuchs hinzustellen. Wir verkennen nicht, daß dies für manchen Abgeordneten ein Grund des Nichtbesuches sein mag, und wir sind auch überzeugt, daß die Bänke des Reichstags bei Diätanzahlung durchschnittlich nicht so leer sein würden, wie sie jetzt sind. Allein die Hauptursache des Uebels scheint uns doch wo anders zu liegen. Als der fortschrittliche Abgeordnete Bamberger vor einigen Tagen von einem Konservativen gefragt wurde, warum er jetzt im Reichstag so selten spreche, antwortete Bamberger, weil er sich überzeugt habe, daß das Sprechen ja doch nichts nütze, daß die Regierung auf die Beschlüsse des Reichstags bloß dann Rücksicht nehme, wenn dieselben ihren eigenen Absichten entsprechen. Und das habe ihm den Spaß an den parlamentarischen Arbeiten verleidet. Dieses Gefühl der Zwecklosigkeit des Redens ist es, was sehr viele Abgeordnete in der Erfüllung ihrer parlamentarischen Pflicht lässig macht. Und die chronische Beschlußunfähigkeit des Reichstags ist jedenfalls mehr eine politische als eine finanzielle Frage. Uebrigens liegt es in der Natur unserer politischen und wirtschaftlichen Entwicklung, daß die Parlamentsarbeiten sich mehr und mehr häufen und einen Umfang annehmen, der es unmöglich macht, sie auf die Dauer als eine Nebenschäftigung zu betreiben. Und dies wird aber kurz oder lang eine vollständige Umgestaltung und Neuordnung der parlamentarischen Thätigkeit und Geschäfte bedingen. Die bisherige — jetzt schon thatsächlich durchbrochene — Zerschneidung der Legislaturperioden in jährliche Sessionen von unbestimmter Länge ist entschieden höchst unpraktisch und einer zweckmäßigen Vertheilung der Arbeitslast hinderlich. Daß die Diätenfrage gleichfalls ihre Regelung finden muß, versteht sich am Rande. —

Alles hat seinen zulänglichen Grund. Die Wahrheit dieses Satzes hat sich wieder einmal bestätigt. Bei der kürzlich stattgehabten Verhandlung im Reichstag über den Antrag der Sozialdemokratie, die Apotheken zu verstaatlichen, fiel der Eifer auf, mit dem der Abg. Menzer den gegenwärtigen Zustand verteidigte. Jetzt schreibt uns ein

Fälle von Rücksichtslosigkeit und Brutalität, die ihr im hohen Grade fähig, gegen uns einzuschreiten. Eine Anzahl von Außenständen, die fällig sind und unter anderen Verhältnissen schon längst eingegangen wären, werden nicht gezahlt. Jene Schuldner lassen es auf die gerichtliche Klage ankommen, bezahlen mit Vergnügen die Kosten, lediglich zu dem Zweck, uns in Verlegenheit zu bringen. Sie wissen, welches meines Spiel Herr Musselich im Verein mit Dr. Raffmans getrieben, uns mit Hoffnungen hinzuhalten und schließlich das Aergste gegen uns zu unternehmen, dessen schädliche Wirkungen nur dadurch abgemildert von uns abgewehrt werden konnten, daß uns ein glücklicher Zufall zur selben Zeit tausend Thaler in die Hände spielte, welche wir jedoch zurückzahlen werden, wie ich denke, und die ich deshalb auch gar nicht mit in Rechnung gebracht habe. Im Weiteren haben uns zwei Buchhändler und eine ganze Anzahl von Kaufleuten ihre Kundschaft entzogen. Der Direktor des „Volks-theaters“ — o, welche Ironie! — hat uns den Theaterzettel gekündigt, und so sehen wir leider Tagen entgegen, in welchen wir kaum hinreichende Arbeit für unsere Genossen haben werden, geschweige daß wir an Ausnahme neuer Genossen denken könnten. Die „Allgemeine Zeitung“, die sich immer mehr dem Namen einer „Ganz gemeinen Zeitung“ würdig zu werden bestrebt, verfehlt nicht, uns bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit zu verdächtigen und uns Abbruch zu verursachen; kurz wir stehen schon beim Anfange unseres jungen Unternehmens einer Welt in Waffen gegenüber. Auf ferneren Kredit von Seiten des Maschinenfabrikanten, der Schriftpreßerei und der Papierfabrik haben wir durchaus nicht zu zählen, wohl aber auf energische Eintreibung ihrer Forderungen, sobald dieselben fällig sind. Ich habe mich deshalb veranlaßt gesehen, eine neue Erfindung im Notendruck, die ich erst noch länger bei mir reifen lassen wollte, praktisch zu verwerten und einer auswärtigen Musikalienhandlung, welche eine billige Ausgabe klassischer Musikwerke beabsichtigt, Anerbietungen zu machen. Ich hoffe, daß wir dies Geschäft machen werden, und dann sind wir zum großen Theil für die nächste Zukunft gedeckt. (Fortsetzung folgt.)

Parteilose aus Neckargemünd, dem Wohnort des Herrn Menzer, in welchem derselbe eine Handlung mit griechischen Weinen etablirt hat, daß diese Haltung des Herrn Menzer nicht ausfallen dürfe, da dessen Schwager der Besitzer der Apotheke in Neckargemünd sei. Die Ueberzeugung des Herrn Menzer von der Vortrefflichkeit unserer Neunundneunziger hat also einen sehr persönlichen Grund.

**Zu den Berliner Krawallen.** Wir haben schon häufig erlebt, daß die Geheimnisse unserer Feinde ausländischen Rumpanen anvertraut und durch diese dann ausgeplaudert wurden. Es wundert uns daher gar nicht, daß wir jetzt durch die Londoner Polizei-Anarchisten erfahren, welche Rolle den jüngsten Berliner Straßenkrawallen zugebracht war. Diese sollten der Anfang einer revolutionären Bewegung sein — es war das hungernde Proletariat, das in seiner Verzweiflung zum Meuchelgriff und den gewaltigen Arm erhob, um die „Bestie von Staat“ niederzuschmettern. Und — die Sozialdemokratie war es, welche dem zürnenden Riesen in den Arm fiel, und, ihre Grundsätze verleugnend, die Sache der Revolution verriet. Aus diesen Ausplaudereien der Londoner Polizei-Anarchisten, deren Natur und Beziehungen ja seit langem bekannt sind, erhellt sonnenklar, daß wir vollkommen Recht hatten mit unserem Verdacht, und daß unser Verdacht sich auch gegen die richtige Stelle gewandt hat. Es gab Leute, welche — nach den berühmten Mustern von 1878 — die ganz unpolitischen Menschenansammlungen der vorletzten Woche politisch „fruktifizieren“ wollten, und es gab auch Leute, die die gewünschte Arbeit zu verrichten. Daß wir Sozialdemokraten, und insbesondere auch der „Vorwärts“ unser Möglichstes gethan haben, den sauberen Plan zum Scheitern zu bringen, das ist freilich ein schweres Verbrechen in den Augen der Polizei-Anarchisten, denen ein gutes Geschäftchen verdorben worden ist. Wenn nun die Londoner Polizei-Anarchisten — die sich sehr bezeichnender Weise bloß mit den Berliner, nicht mit den vielen sonstigen Nothstandskrawallen beschäftigten — ihrem blödsinnigen, für ihre Götter so kompromittierenden Geschimpf ob der durch uns „verrathenen Revolution“ die ebenso blödsinnige Lüge hinzufügen, wir hätten die Noth der Arbeitslosen verhöhnt, indem wir dieselben als „Lumpenproletariat“ bezeichnet hätten, so haben wir für diese Lüge deshalb eine ziemlich milde Beurtheilung, weil die fraglichen Gentleman vermuthlich sich selbst durch den Ausdruck getroffen fühlten. Ein „Lumpenproletariat“ bleibt eben Lumpenproletariat, auch wenn er für seine Gentleman-Dienste so gut bezahlt wird, daß er in Glacehandschuhen herumspazieren kann, und ein ehrlicher Proletariat bleibt ein ehrlicher Proletariat, auch wenn er hungert und in Lumpen gehen muß. Den Londoner Polizei-Anarchisten, die uns schon verschiedene Male unabsichtlich einen Gefallen gethan haben, unseren Dank für die neue Offenherzigkeit. —

**Ein fünfter Stand.** War es seiner Zeit schon gewagt, einen „vierten Stand“ auf den „dritten Stand“ der Franzosen zu pfeifen, der bekanntlich das Proletariat ebenförmig umfaßt, wie die Bourgeoisie, so muß es geradezu als eine außerordentliche Kraftleistung erscheinen, daß unsere deut- und wissenschaftliche Bourgeoisie jetzt noch einen „fünften Stand“ erfunden hat, der dem „vierten“ auf die Hacken treten soll. Gemeint ist das „Lumpenproletariat“, für das unsere Bourgeoisie eine plöbliche, jedoch sehr begreifliche Härlichkeit empfindet. Sogar die „Tante Bop“ begeistert sich für den „fünften Stand“ und läßt ihn gegen uns aufmarschieren — aus der vierten Dimension. —

**Nur immer langsam voran!** Nach den bestehenden Bestimmungen, schreibt der „Reichs-Anzeiger“, dürfen Frauen weder als Studierende aufgenommen noch als Gasthörerinnen zu den Vorlesungen zugelassen werden. Es ist in Frage gekommen, ob und inwieweit eine Abänderung dieser Bestimmungen rathsam erscheint. Der Minister der geistlichen u. Angelegenheiten hat deshalb die Universitäts-Auktoren ersucht, sowohl die akademischen Senate wie die einzelnen Fakultäten über diese Frage zu hören und ihm deren Berichte mit eigenen gutachtlichen Äußerungen alsbald einzureichen. Wir sind sicher, daß dieser Versuch, eine von allen ausgelassenen Deuten längt zu Gunsten des Frauenstudiums entscheidende Frage durch die Unversitätsherrn lösen zu lassen, den Erfolg haben wird, den die Reaktionen ihm wünschen: Ablehnung oder ein lächerliches Konzessionsstück unter so lächerlichen, wie drückenden Einschränkungen. Der Pops, der Pops, der Pops, der hängt ihm hinten. —

**Abkommen mit dem Herzog von Cumberland.** Wir haben bisher von den Gerüchten, die betreffs der Regelung der Welfensfonds-Angelegenheit im Schwange waren, keine Notiz genommen, weil sie den Stempel der Unzuverlässigkeit an der Stirn trugen. Nachdem aber die „Kreuz-Zeitung“ und die „Kölnische Volks-Zeitung“ aus offenbar guter Quelle die Nachricht bringen, daß die preussische Regierung mit dem Sohne des depossedirten Königs von Hannover ein Abkommen getroffen habe, sei dieses verzeichnet. Aber der Welfensfonds ist aus dem hannoverschen Staatseigentum (Domänenbesitz) gebildet worden, er kommt dem Königshause also gar nicht zu, und der preussische Staat hat ihn für allgemeine den Staatsbürgern dienliche Zwecke anzusprechen, nicht aber den Nachfahren des Welfenkönigs auszuliefern. —

**Komödie.** Eines der Mittelchen der von den liberal-freikonservativen Gegnern des Volksschul-Gesetzentwurfes verfolgten Hintertreppen-Politik ist der Schein-Widerstand gegen die Dombau-Millionen. Bekanntlich sind vorläufig 10 1/2 Millionen Mark in den preussischen Etat eingeschlagen, um das offenbar vorhandene dringende Bedürfnis nach Errichtung eines kostspieligen Kirchen-Brunnbau's zu befriedigen. Bei der erfreulichen Lage der Staatsfinanzen und dem blühenden Wohlstande, dessen sich die breiten Massen der preussischen Bevölkerung augenblicklich in so hohem Maße erfreuen, bei der Wohlfeilheit des Lebensunterhalts und der herausragenden Höhe des Lebensstandes der Arbeiterklasse ist die Dombau-Frage allerdings eine brennende, und die preussischen Landboten sind die „Nächsten dazu“, sie zu lösen. Wenn auch die kirchliche Statistik die „Kirchennoth“ Berlins durch schlagende Zahlen als eine Lustspiegelung erweist, so sind Dom, Campo Santo u. s. w. viel zu selbstverständlich, als daß man darüber diskutirte. Nicht bloß die Hände falten, wie die Bourgeoisie es gelernt hat, die Hände aufstun und geben, ist die Lösung. Weil das Anti-Redlich-Kartell weiß,

welche Kreise sich für das Zustandekommen des Planes auf das lebhafteste interessieren, spielt es seine Komödie so geschickt, etwa wie der Weber Zettel den Löwen. Für dies oder jenes Zugeständniß, das ihnen die Regierung mit widerwilliger Geite hinwirft, wird am Ende die Forderung mit Pauken und Trompeten bewilligt. Ist es nicht außerordentlich, in diesem frommen Bühnenspiel den Herrn Eugen Richter deklamieren zu hören, mit dem für den Dombau nöthigen Gelde könne man zehn Kirchen in Berlin bauen und so der Kirchennoth steuern? Wäre Eugen Richter nicht eine alte, feige Vetschwester, so müßte er ein Tartüffe heißen. Das Papierkugeln-Bombardement gegen die Schloßfenster wird nicht länger dauern, als bis die neuen Schulretter ihr Konzessionsstück apportieren dürfen. Sie warten schon sehnsüchtig darauf, ihren Rücken, welche das Gradhalten aber auch gar nicht gewöhnt sind, wieder die durch Jahrzehnte lange Uebung erworbene Krümmung zu geben und sich endlich wieder mit dem Körpertheil in die Kampflinie zu stellen, mit welchem sie von altersher den feindlichen Angriff zu pariren pflegen. —

**Zur Geschichte des Welfensfonds.** Auf die Anzapfung der „Damberger Nachrichten“ reagirt die „Germania“ mit der folgenden klüglichen an Bismarck gerichteten Frage: „Weshalb haben die Herren von Holle und Meding vom Fürsten Bismarck eine Pension zugebilligt erhalten, während doch gerade diese Herren vorzugsweise die Welfenslegion geschaffen und ins Ausland geführt haben, wegen deren dann dem König Georg, ohne dessen Wissen das geschehen war, sein Vermögen konfiszirt und damit der Welfensfonds geschaffen wurde?“

Nun, wegen ihrer Verdienste um die Bismarckei. Wenn übrigens die offiziöse Schreibkunst des früheren hannoverschen Höfings Meding nicht besser war, als die von ihm unter dem Pseudonym Samarow zusammengeschmierenen Romane, so wäre damit nur wieder einmal erwiesen, daß kein Talent und kein Charakter ein Doppelgänger sind, das so häufig ist, wie — die Bismarckischen Reptilien. —

**Keine ungewöhnliche Härte.** Wenn eine Dienstherrschafft, wie der Graf und die Gräfin v. Dönhoff-Selten ihre Dienstmädchen, welches sowohl die frühere wie die nachfolgende Herrschafft als ein Muster von Bescheidenheit, Zuverlässigkeit und Fleiß rühmten, mißhandelt, und wenn die gnädige Frau ihm täglich Schimpfwörter wie „Schwein“, „alte Sau“ und dergleichen an den Kopf wirft, so ist das „keine ungewöhnliche Härte“. Das arme Mädchen wurde, wie eine Zeugin aus sagte, so schlecht behandelt, wie es wohl in Deutschen Reiche nicht zum zweiten Male vorkommen dürfte; das Mädchen habe Tag und Nacht geweint, und sei mit Selbstmordgedanken umgegangen. Das Mädchen verließ endlich ohne Kündigung den Dienst und wurde dafür, wie wir gestern bereits an anderer Stelle berichteten, zu drei Mark Geldstrafe verurtheilt. Das Gericht nahm an, daß keine ungewöhnliche Härte vorliege, die allein das Dienstmädchen zum Verlassen des Dienstes berechtige. Das ist der Segen der „Gesinde-Ordnung“ von 1811, die im Interesse der „Sittlichkeit“ und der patriarchalischen Ordnung ein Dienstmädchen wehrlos macht gegen die gemeinsten Schimpfwörter, ja selbst gegen Mißhandlung. Schon über 80 Jahre besteht diese „Ordnung“, an welcher weder Konservative noch Liberale rütteln. Und die hier geschilderte Behandlung ist keine ungewöhnliche — der Richter hat es erklärt. Wie beschaffen mögen aber die Gesellschaftskreise sein, in denen solch eine Gräfin, der die gemeinsten Schimpfwörter, wie sie in den Markthallen verpönt sind, nur so aus dem Munde fliegen! Bei dieser „feinen“ Gesellschaft kann man mit Abraham a Santa Clara sagen: Kufen lui, innen psui! —

**Eine höhere Art von Polizeianstalt zur Zähmung der Volksmassen.** Das ist, wie ein Predigerorgan, die „Christliche Welt“, jammert, die Vorstellung, welche das Volk mehr und mehr von der Kirche bekommt. Hat das Volk nicht recht? Und wozu der Jammer? Es ist doch schmeichelhaft für — die Kirche, daß sie wenigstens als höhere Art von Polizeianstalt betrachtet wird. Da hätte die Polizei eher recht, sich über Zurücksetzung zu beklagen. —

**Ist's etwa nicht wahr?** Ein Pariser Blatt, das den Majestätsbeleidigungs-Prozess der „Kölnischen Zeitung“ bespricht, charakterisirt die alte Dame wie folgt: „Zwanzig Jahre lang hat sie in Europa dem Herrn v. Bismarck als Lockspeigel gedient. Zwar stand sie darin nicht allein, aber von allen, die dieses traurige Handwerk betrieben war keine höflicher, hochmüthiger, ruhrediger. Als Herr v. Bismarck in seiner Allmacht an allen Ecken und Enden Deutschlands die Angriffe auf seine Person verfolgen ließ, da jubelte die „Kölnische Zeitung“. Allerdings, jene Blätter, die damals mit den Gerichten zu thun hatten, waren katholische, fortschrittliche, polnische, sozialistische, also Feinde. Daher Feter über sie! Aber in ihrem Bismarckianischen Knechtsthum hatte die alte Zeitung, eine wie gute Lateinerin sie auch ist, doch das Sprichwort vergessen: hodie mihi, eras tibi! (heute mir, morgen dir!) Und diese unheilvolle Nachtlosigkeit rächt sich jetzt an ihr.“ — Wenn die „Kölnische Zeitung“ mit nativem Eifer von dem „Jorn und Ingrim“ spricht, mit dem die französischen Chauvinisten sie verfolgen, so ist darauf zu sagen, daß ihr oben skizzirtes Porträt von überraschender Naturtreue ist, mag man auch sonst über die Auffassung des „Petit National“, dieses trefflichen Schilderers der „Kölnischen“, denken wie man wolle. —

**Nothstand überall.** In Rußland, in Montenegro, in Ungarn, bei uns, in Spanien, das jetzt auch noch durch Ueberschwemmungen heimgeheftet ist, überall herrscht der schwarze Hunger. Die bürgerliche Ordnung zeigt sich in ihrer ganzen Schönheit. —

**Der Nutzen des englischen Normal-Arbeitstages.** Zu dem Siege der Progressisten bei den Londoner Grafenschaftswahlen hat, wie die deutschen Regierungsblätter kleinlaut zugestehen, der Umstand gar sehr beigetragen, daß der Wahltag ein Sonnabend war. In England hat die Mehrzahl der Arbeiter an dem Tage einen halben Feiertag; um 2 Uhr ruht die Arbeit. Trotz der kalten rauhen Witterung haben im Durchschnitt 50 bis 75 pCt. aller berechtigten Wähler gestimmt. In Deutschland hätte man sich vor Wahltagen, an denen die Arbeiter freie Zeit haben. Die Berliner Kirchenwahlen freilich sind an einem Sonntag. —

**Der englische Kohlenarbeiter-Streik.** Vorgestern wurde die Nachricht verbreitet, die „Union“ der Kohlen-

gräber von Durham, die vorige Woche die Theilnahme an dem Streik beschlossen, hätte die Frage nochmals in Berathung gezogen und wollte eine zweite Abstimmung vornehmen. Das ist unrichtig. Der Beschluß ist gefaßt und nichts deutet darauf hin, daß er nicht ausgeführt werde. Allerdings laufen Gerüchte von Verhandlungen um, welche die Abwendung des Streiks zum Zweck haben. Allein, da die Grubenbesitzer offenbar gegen den Streik gar nichts einzuwenden haben, und da die Arbeiter durch das bisherige Steigen der Kohlenpreise in ihren Annahmen und Voraussetzungen nur bekräftigt worden sind, so scheinen diese Gerüchte nichts zu sein, als die frommen Wünsche vereinzelter Personen. — Ein Telegramm, welches besagt, die Kohlenarbeiter wollten bloß 8 und nicht 14 Tage streiken, ist sinnlos, da ein Beschluß über die weitere Dauer des Ausstands erst am 16. d., heute über 8 Tage, gefaßt wird. —

**Sozialistischer Sieg in Rumänien.** In Rumänien haben Neuwahlen stattgefunden, und der Regierung, wie das von vorn herein selbstverständlich war, eine „große Majorität“ gebracht. Die politischen Zustände des Landes sind so „patriarchalisch“ und das Zensus-Wahlrecht ist so leicht zu handhaben, daß jede Regierung eine fälschliche Mehrheit in der Tasche hat. In die Freude über den jetzigen „Sieg“ sind bloß einige bittere Wermuthstropfen gefallen, es sind nämlich auch einige Sozialisten gewählt worden, darunter unser bewährter Parteigenosse Waffili Mortzgun. —

**Der 1. Mai in Amerika.** Bis jetzt ist in den Vereinigten Staaten leider sehr wenig geschehen. Die „New-Yorker Volkszeitung“ vom 24. Februar schreibt:

In Amerika ist leider bis jetzt von Vorbereitungen für eine umfassende Feier des 1. Mai wenig zu spüren, und mit Ausnahme von St. Louis haben die Organisationen der Arbeiter noch nirgends Stellung zum internationalen Arbeitertage genommen. Speziell in New-York ist bisher noch gar nichts nach dieser Richtung geschehen. Bei der großen Zersplitterung, die augenblicklich in der hiesigen Arbeiterbewegung herrscht, ist kaum zu hoffen, daß eine einheitliche Feier aller Elemente der Arbeiterbewegung zu Stande kommt, wenn irgend eine der Zentralvereinigungen die Angelegenheit in die Hand nimmt. Wohl aber würde eine würdige und allgemeine Feier möglich sein, wenn eine der Gewerkschaften, die bisher den verschiedenen Streitigkeiten fernstanden, die einleitenden Schritte für den internationalen Arbeitertag unternimmt und eine Konferenz von Delegaten aller Arbeitervereinigungen zusammenberuft, die sich ausschließlich mit der Nachtstundenfeier des 1. Mai zu beschäftigen hätte. Eine auf solche Weise eingeleitete Feier hätte die Voraussetzung des Gelingens für sich und könnte dazu führen, daß die Arbeiter New-Yorks am 1. Mai nicht hinter ihren europäischen Brüdern zurückbleiben würden. —

**Vom Wahlkampf in Japan.** Nach der Auflösung des widerwärtigen Parlaments arbeitet die Regierung nach preussisch-deutschen Mustern, beeinflusst die Wahlbewegung, verhaftet, verbietet, prozessirt, zensirt, unterdrückt Oppositionsblätter. Es geht so munter zu, wie 1887 in Deutschland, als Bismarck die Hurrah-Mehrheit fabrizirte. Bei dem liberaleren Temperament der Japaner kommt es auch zu Handgemengen. Aber wir haben ja Blumberg und marschiren also auch hier an der Spitze der Zivilisation. —

## Parlamentarisches.

Heute hat die Budgetkommission des Reichstages ihre Arbeiten beendet; es handelte sich um die Feststellung des Gesetzentwurfes betreffend die Unterstützung von Familien der zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften.

Bekanntlich hatte die Regierung die Unterstützung an den Nachweis der Bedürftigkeit geknüpft und vorgeschlagen, im Ehefrau in den Sommermonaten 20 M., in den Wintermonaten 30 M. täglich und jeder sonst unterstützungsberechtigten Person 10 M. täglich zu gewähren.

Die Kommission hatte in der ersten Lesung des Gesetzentwurfes beschlossen, den Nachweis der Bedürftigkeit nicht in das Gesetz aufzunehmen und die zu zahlenden Unterstützungen insofern nicht unerheblich erhöht, als für dieselben die Sätze des Unfallversicherungs-Gesetzes, also für die Ehefrau 30 pCt. und für jede der sonst unterstützungsberechtigten Personen 10 pCt. des ortsüblichen Tagelohnes festgesetzt wurden. In der heutigen Kommissions-Sitzung erklärte sich der Staatssekretär des Innern sowohl gegen die Erhöhung der Unterstützung, als auch gegen den Fortfall des Nachweises der Bedürftigkeit; der Minister glaubte, daß das Deutsche Reich finanziell zu sehr belastet würde, wenn statt der Regierungsvorlage, die etwa 1/2 Millionen Mark im Jahre in Anspruch nimmt, für die Unterstützung der Familien der zu Friedensübungen einberufenen Wehrpflichtigen jährlich etwa 1 1/2 bis 2 Millionen Mark für diesen Zweck gezahlt wird. Nach einer kurzen Diskussion beschloß die Kommission einstimmig, an der Fassung der ersten Lesung festzuhalten.

Der Reichstag wird unzweifelhaft den Anträgen seiner Kommission zustimmen, und es bleibt abzuwarten, ob der Bundesrath die Verantwortung dafür übernehmen will, daß dieses allseitig als dringend nothwendig anerkannte Gesetz nicht zu Stande kommt.

## Soziale Uebersicht.

**Ua die Gewerkschaften Berlins.**

Der unterzeichnete geschäftsführende Ausschuss der Berliner Streik-Kontrollkommission erinnert hierdurch die Delegirten sämmtlicher in dieser Kommission vertretenen Gewerkschaften daran, rechtthaltkräftig für den Vertrieb der „Fünf-Pfennig-Marken“ einzutreten. Außerdem ersucht derselbe die Delegirten, die eingelassenen Gelder sobald wie möglich an den Genossen M. Millarg, Schelerstr. 22, abzuliefern.

Mit solidarischen Grüßen

der geschäftsführende Ausschuss der Berliner Streik-Kontrollkommission.  
J. A. Hermann Faber, N. Antonstr. 24, v. part.

Sämmtliche Lokalkommissions-Mitglieder der Untergewerkschaften werden ersucht, dem Unterzeichneten umgehend ihre Adressen einzusenden. Speziell werden die Genossen von Schöneberg gebeten, dieser Aufforderung nachzukommen. Es handelt sich daselbst um Freigabe eines Lokals.  
S. Wernau, Rosenstr. 30.

Formern hiermit zur Nachricht, daß in Braunschweig arbeitslose Kollegen in solcher Zahl vorhanden sind, daß allen Ansprüchen der dortigen Fabriken Genüge geschehen kann. Man wolle das um so mehr berücksichtigen, als in auswärtigen Blättern Formern für Braunschweig gesucht werden.

### Theater.

Donnerstag, den 10. März.  
**Oyernhaus.** Cavalleria rusticana. (Bauern-Oper.) Alessandro Stradella.  
**Schanzlehaus.** Das heilige Lachen.  
**Deutsches Theater.** Haus Dami.  
**Festung-Theater.** Die Großstadtluft.  
**Berliner Theater.** Wilhelm Tell.  
**Reichens-Theater.** Riquetto (Ma Cousine).  
**Wallner-Theater.** Noelle. Vorher: Ein berühmter Mitbürger.  
**Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.** Das Sonntagkind.  
**Thomas-Theater.** Die Hochzeit des Meserwisten.  
**Belles Alliance - Theater.** Onkel Bräutigam.  
**Ostend-Theater.** Die Geyer-Bally.  
**Adolph Grub - Theater.** Der Tanzteufel.  
**Frempelast.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Gebrüder Richter's Variétés.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Winter-Garten.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Hausmann's Variétés.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Konkordia-Palast-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**American-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.

### Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstrasse 77-79.  
 Heute, sowie täglich:

### Gr. Freikonzert.

Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr,  
 Sonntags 20 Pf. Entree. Anfang 6 Uhr.  
 Empfehlung meinen berühmten Mittags-  
 tisch à la Duval. Diner à 1 Mark.  
 3 Regalbahnen, 6 Billards,  
 2 Café. 1169L

### Gr. Bock - Ausschank

aus der Berliner Bock-Brauerei.

### Castan's Panopticum

Friedrichstr. 165a, Ecke Behrenstr.  
 Interessanteste Völkerschaft  
 Inner-Afrika:

### Schuli

b. Emla Pascha-Reich.  
 30 Personen, Männer,  
 Frauen, Kinder.

Vorstellungen: 11, 12 u. 1 Uhr Vormittags, - 4, 5, 6, 7, 8 und 9 Uhr Abends.  
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.  
 Besetzt von 9 Uhr früh bis 10 Uhr Ab.

### Passage-Panopticum.

Lebensgroße  
 Wachsfiguren und  
 Gruppen, Dioramen.  
 Sündfluth - Panorama  
 mit Gewitter.  
 Im Theater-Saal (ohne  
 Extra-Entree): Täglich  
 v. 8 Uhr ab Vorstellung  
 von Spezial. I. Rang.  
 Entree 50 Pf.

### Präuser's anat. Museum.

**Schluss** unwiderrüchlich  
 am 30. März,  
 und vieler andere  
**Täglich** für erwachsene  
**Damen-** Tag jed. Dienstag  
 und Freitag.

### Circus Renz.

Karlstraße.  
 Donnerstag, den 10. März 1892,  
 Abends 7 1/4 Uhr: „Auf Helgoland“  
 oder: Ebbe und Fluth.  
 Große hydrologische Ausstattungs-  
 Bantomime in 2 Abtheilungen vom  
 Direktor E. Renz. National-Tänze  
 (85 Damen) u. Einlage: Escher-  
 kessen, Dampfschiff- u. Bootfahrten,  
 neue überraschende Licht- und Feuer-  
 effekte. 80 Fuss hohe Riesenfontaine.  
 Außerdem: Auftreten der Gebr. Rasso.  
 Zum 1. Male in Berlin. 1. Heben  
 eines Orchesters von 12 Mann.  
 2. Trägt Ferdinand Rasso ein Klavier  
 sammt Pianist, Flötist u. Violinist,  
 welche schwebend eine Konzertpläne  
 vortragen. Great Steeple Chase von  
 6 engl. Vollblut-Springpferden, dress.  
 u. vorgeführt von Herrn Franz Renz.  
 Im Reiche der Blumen, Fantasie  
 equestre, v. Fel. Clot. Hager. Contre-  
 dans, ger. von 9 Herren. Sisters  
 Lawrence am 11. Trapez. Auftreten  
 der Reitschülerinnen Fris. Rosa, The-  
 rosinia u. Adelo, des Reitschülers Mr.  
 Alex. Briatore. Komische Entree's u.  
 Morgen: „Auf Helgoland.“  
 Abend: Benefiz f. d. beliebten Clown  
 O. Godlewsky. Sonntag: Zwei Vor-  
 stellungen. Nachm. 4 Uhr (ein Kind  
 frei): Auf Berl.: „Die lustigen Heide-  
 lberger.“ Abends 7 1/2 Uhr: „Auf  
 Helgoland.“  
 E. Renz, Direktor.

### Circus G. Schumann.

Friedrich-Karl-Str., Ecke Karlstr.  
 Donnerstag, den 10. März, Abends  
 7 1/2 Uhr: Große Gala- u. Benefiz-  
 Vorstellung für die beliebte Schul-  
 reitlerin

### Fräul. Adele Schumann.

Sehr interessantes und für Sports-  
 Leute speziell ausgewähltes Programm.  
 Das Schulpferd „Albert“ und das  
 Springpferd „Ringle“, geritten von der  
 Benefiziantin.

### „Eine Nacht in Venedig.“

Morgen: Große Vorstellung. Fr.  
 James Fillis mit „Germinal“. „Eine  
 Nacht in Venedig.“  
 Sonntag, den 13. März: Zwei Vor-  
 stellungen. Zum letzten Male in dieser  
 Saison: Circus unter Wasser.

### Fernrohr,

per Stück  
**3,20 Mark.**  
 Mit 4 feinen Linsen  
 u. 8 Auszügen,  
 Vergrößert  
**12 mal**  
 unter  
**Garantie!**

### Kirberg & Co.,

Gräfrath-Central  
 bei Solingen.

### Glaschen und Kruten

mit und ohne Patent-Verschluß liefert  
 Berlin S.,  
 Carl Erdmann, Annenstr. 17/18.  
 Man fordere Preislisten. 402M

Oris-Frankkaffe der  
 Steindruck und Lithographen.  
 Am 8. d. Mts. cr. verstarb unser  
 Mitglied, der Lithograph Herr **Hugo  
 Richter.** Die Beerdigung findet  
 statt: am Freitag, den 11. d., Nachm.  
 4 Uhr, vom Trauerhause, Neue Hoch-  
 strasse 41, aus nach dem Dorotheen-  
 kirchhof (Diesenstraße). Um zahlreiche  
 Betheiligung bittet Der Vorstand. 1800b

### Bund der geselligen Arbeiter- Vereine Berlins und Umg.

Sonntag, den 20. März 1892,  
 Vormittags 10 Uhr:

### General-Versammlung

in den Arminhallen, Kommandanten-  
 strasse 20.  
 Tagesordnung: 1. Bericht des Vor-  
 standes und speziell des Kassiers.  
 2. General-Anzeiger betreffend. 3. Wahl  
 des Gesamt-Vorstandes. 4. Bundes-  
 angelegenheiten. a) Aufnahme neuer  
 Vereine. b) Stiftungs-Fest betreffend.  
 c) Bericht des Schiedsgerichts. d) Wei-  
 terer Bericht über Einladungen zu  
 ermäßigten Preisen. 197/13  
 Die Wichtigkeit der Tagesordnung  
 erfordert ein vollständiges und pünkt-  
 liches Erscheinen der Delegirten und  
 Mitglieder der Vereine. Der Vorstand.

### KRONENGARN.



Die in der ganzen Welt rühm-  
 lichst bekannte

### „Helm-Putz-Pomade“

ist nur unser Erzeugniß. Dosen mit  
 anderen Helmen und nicht mit  
 unserer Firma, weise man als  
 werthlose Nachahmungen zurück.

### Steppdecken!!

größte Auswahl!! am billigsten  
 in **Emil Lefèvre's Fabrik,**  
 Berlin, Oranienstr. 158. (1820L  
 1 Posten **Schlafdecken** mit feinen  
 reinw. **Schlafdecken** mit  
 Stück 4, 6, 8 und 10 Mark.  
**Werth das Doppelte!!**  
 Illustr. Preisliste gratis u. franko.

Brodhaus oder Meyers Lexikon  
 kauft  
 494M **H. Sauer,**  
 Mühlendammstr. 30.

### Mitglieder-Versammlung der Freien Vereinigung der Bau-Arbeiter Berlins

am Sonntag, den 13. März, Vorm. 11 Uhr,  
 im Saale des Herrn Scheffer, Insel-Strasse No. 10.  
 Tagesordnung:  
 1. Vortrag über den Entwurf der General-Kommission. Referent  
**W. Gajmann.** 2. Vereinsangelegenheit. 3. Verschiedenes und Fragekasten.  
 Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt.  
 Neue Mitglieder werden aufgenommen.  
 120/18 **Der Vorstand.**

### Verein der Wäschebranche.

Am Sonnabend, den 12. März cr., in **Hiesl's Ballsälen,** Weberstraße 17:  
**Stiftungs-Fest,**  
 unter gütiger Mitwirkung des Gesangsvereins **Gleichheit** (Mitglied des  
 Arbeiter-Sänger-Bundes) und verschiedener Spezialitäten.  
 Anfang 9 Uhr. **Herrenbillet 50 Pf., Damenbillet 30 Pf.**  
 Arbeitslose Kollegen haben freien Eintritt.  
 849/10 **Der Vorstand.**

Die nächste Versammlung ist am Mittwoch, den 16. März cr., Abends  
 8 1/2 Uhr, bei **Vogel, Neue Königstr. 7.** Vortrag des Herrn **Denning** über die  
 Entstehung der Erde unter Vorführung verschiedener Tafeln. D. O.

### Jahnstr. Gründer's Festsäle

Hasen-  
 No. 8. **Haide 21.**  
 Sonnabend, den 12. März 1892:

### Großer Wiener Masken-Ball,

arrangirt von Mitgliedern der **Central-Kranken- und Sterbe-  
 Kasse der Tischler.**  
 Anfang 8 Uhr. **Entree 50 Pfennig.**  
 Um zahlreichen Besuch bittet **Das Komitee.**  
 Billets sind bei folgenden Komitee-Mitgliedern zu haben: **B. Geiling,**  
 Mantuffelstr. 115, 2 Tr.; **Worlich,** Reichenbergerstr. 149, 3 Tr.; **B. Kölling,**  
 Rottbuser Damm 93, 3 Tr.; **R. Steinko,** Urbanstr. 33, Hof 4 Tr.; **Lufsch,**  
 Forsterstr. 5, 4 Tr.; **H. Thomas,** Grünauerstr. 37, Hof pl. 800/12

### Möbel, Spiegel und Polster-Waaren.

Ganze Ausstattungen in **Mahagoni u. Nußbaum;**  
**Büchermöbel** in großer Auswahl empfiehlt 1726L  
**Franz Tutzauer,** Köpnickstr. 25.  
 Berlin S.O.

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt  
 Berlin SW., Beuthstraße 2.  
 Soeben erschien:  
**Heft 13**  
 der  
**Reden und Schriften Ferd. Lassalle's**  
 (Vollständig in ca. 50 Heften à 20 Pf.)  
 Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Zeitungspediteure und  
 Kolporteurs entgegen.

### Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Berlin SW., Beuthstraße 2.  
 Wie im verflossenen, so wird auch in diesem Jahre in unserem Verlage Mitte April ein zur  
**Maisfeier** bestimmtes

### Mai-Festblatt

erscheinen. Dieses **Mai-Festblatt** soll diesmal nicht nur 4 Seiten umfassen, sondern  
**8 Seiten in Groß-Quartformat.**

Ebenso wird in illustrierter Hinsicht alles aufgeboten werden, um dem Blatte ein festliches  
 Gewand zu geben.  
 Die erste Seite soll eine Titeloignette schmücken, eine Idealfigur darstellend, ferner das ein-  
 leitende Maigedicht ausfüllen. Ein Kunstblatt über die vierte und fünfte Seite wird die Guldigung  
 der Arbeit und Wissenschaft an die Göttin der Freiheit veranschaulichen.  
 Der textliche Inhalt, auf dessen Auswahl und Redaktion besondere Sorgfalt verwendet wurde,  
 wird u. A. bringen: Geschichte der Achtstundigen-Bewegung in den einzelnen modernen Industrie-  
 ländern. — Mai-Prozess in Italien. — Die letzten Arbeiterschuh-Versuche in Deutschland. — An die  
 Landarbeiter Deutschlands. — Labor Day (Arbeitertag) in Amerika. — Aus dem Auslande. — Aus  
 dem geistigen Kampfe gegen die Sozialdemokratie. — Gedichte und Festlieder u.  
 Das diesjährige Mai-Festblatt wird also sowohl nach dem textlichen Inhalt, wie nach der  
 künstlerisch illustrativen Seite hin reicher und vortheilhafter ausgestattet sein, als das vorjährige und  
 somit für die deutschen Arbeiter ein dauerndes Erinnerungs-Blatt an die diesjährige Maisfeier bleiben.  
 Um rechtzeitig die voranschreitende hohe Auflage des Festblattes feststellen zu  
 können, bitten wir die Genossen, uns so schnell als möglich ihren Bedarf anzugeben.  
 Bestellungen, die bis zum

**20. März cr.**

in unseren Händen sind, werden rechtzeitig und in der Höhe der gewünschten Anzahl  
 erledigt. Für später einlaufende Bestellungen können wir keinerlei Garantie für  
 pünktliche Lieferung übernehmen.  
 Der Preis stellt sich für das Einzel-Exemplar auf

**10 Pfennig im Verkauf.**  
 In Partien in jedem Quantum pro Exemplar  
**5 Pfennig netto.**

Wir erlauben unsere Parteigenossen für die Verbreitung des „Festblattes“ recht thätig sein zu  
 wollen und sehen zahlreichen Aufträgen entgegen.

**Geschäfts-Eröffnung.**  
 Am heutigen Tage haben wir in der 1814b  
**17 Teltower-Strasse 17**  
 eine  
**Buchdruckerei**  
 eröffnet. Wir sind in der Lage, jeden Druckauftrag in kürzester  
 Frist gut und bei mäßigen Preisen herzustellen.  
**Böhlhoff & Schumann,**  
 Teltower-Strasse 17.

**Altenberg's chem. Färberei, Wäscherei, Garderob.-Reinig.-**  
 Anstalt, Neuo Jakobstr. 9, Brunnenstr. 123, Androssstr. 54, Fruchtstr. 36,  
 Potsdamerstr. 57/58, empf. f. s. Färb. v. Reinig. v. Garderob. jed. Art, Spitzen,  
 Gard., Möbelst. gef. 1 Mk. p. Pfd., Bettbed. gef. 1,25 Mk. p. Stück. Herren-  
 Anzug gereinigt, gebügelt von 2,50 Mk. an. Reparaturen billigt. Neu!  
 Glanzentfernung von blankgetragenen Kammgarn-Garderoben. 2039L

**Musikinstrumente.**  
 Lager in Zithern, Violinen, Gitarren, Har-  
 monikas. Alle Glasinstrumente, Trommeln, Flöten  
 und Klarinetten, Spielböden zum Drehen und selbst-  
 spielend, Albums und Eierseidel mit Musik. Musikwerke-Vertrieb, alle  
 mit Arbeiterliedern. Theilzahlung gestattet. 1088L  
**Aug. Kessler, 51 Lausitzerstr. 51, am Platz.**

## Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

191. Sitzung vom 9. März. 12 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Bötticher, v. Malchahn, v. Stephan, v. Marschall.

Die Spezialberatung des Etats, der Zölle, Verbrauchssteuern und Averse wird fortgesetzt. Zu demselben liegt der von den deutschkonfessionellen und 4 national-liberalen, pfälzischen Abgeordneten eingebrachte Antrag vor, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, möglichst noch in dieser Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, worin die Erhöhung des Tabakzollens von 85 auf 125 M. für den Doppelzentner ausgedrückt wird. — Der Antrag war am Schluß der gestrigen Sitzung vom Abg. Menzer begründet worden.

Abg. Weiling (natl.) tritt im Interesse der pfälzischen Tabakbauer für die Erhöhung des Zolles ein. In den Kreisen dieser tabakbauenden Landwirthe der Pfalz herrsche eine hochgradige Verbitterung und Enttäuschung über die durch das Mißverhältnis zwischen Zoll und Steuer dem inländischen Tabakbau bereiten rücksichtslosen Konkurrenz. Der Landmann müsse die Früchte seines leichten Sandbodens wieder selbst ernten; das lasse sich ohne Schädigung der Händler und der Konsumenten auf dem Wege der Erhöhung des Zolles um 40 M. erreichen.

Abg. Clemm-Ludwigshafen (nl.): Durch das Zurückgehen der Preise sind die Pfläner, obwohl sie ebenso eifrig und unermüdet thätig sind als früher, ganz außerordentlich zurückgekommen. Der Tabakbau bringt effektiv nicht mehr die Produktionskosten. Ich bitte Sie ebenfalls, im Interesse des pfälzischen Tabakbauers unsern Antrag anzunehmen.

Abg. Barth (dfr.): Nach den Ergebnissen der Statistik hat sich die Lage der deutschen Tabakbauer seit 10 Jahren nicht zu ihren Ungunsten verschoben, weder was die bebauete Fläche, noch was die Preise betrifft. Der Antrag kann also nicht damit motiviert werden, daß gerade in der letzten Zeit die Verhältnisse sich ungünstig geändert hätten. Aber wenn dies auch zuträfe, so würde der Vorschlag des Antrages doch nicht geeignet sein, Abhilfe zu schaffen, da der alsdann auf der andern Seite dem Gesamtinteresse erwachsende Schaden ganz unverhältnismäßig größer sein würde. Es handelt sich hier um zwei Objekte, welche zwar denselben Namen haben, aber in ihrer Qualität so verschieden wie möglich sind, den einheimischen und den ausländischen Tabak. Die hier vorgeschlagene Maßregel zwingt durch künstliche Preissteigerung den Konsumenten, dem ausländischen Tabak zu entsagen und aus reiner Verzweiflung sich an den bis dahin von ihm verschmähten inländischen Tabak heranzuwenden. Der inländische Tabakbau hat es zu einer rationalen Basis überhaupt noch nicht gebracht. Trübt der höhere Zoll ein, dann würde man die besseren Sorten beim Anbau bevorzugen und die geringeren Sorten würden noch schlechter gestellt sein. Der Zweck des Antrages wäre also ganz verfehlt. Wir halten ihn nach allen Richtungen für verwerflich und vertrauen, daß die Regierungen auf demselben Standpunkt steht, nicht zu Gunsten eines so fragwürdigen Experiments einen Eingriff in die ganze Industrie zu unternehmen. Im Anschluß an den Titel „Zölle“ darf ich mich kurz darauf hinweisen, daß am 6. Februar, nach dem Inno-Krafttreten der Handelsverträge, der Weizenpreis — über Koggen läßt sich wegen der russischen Verhältnisse nicht Sicheres darstellen — in Berlin 201,7 M., in London rund 170,9 M., die Differenz also 31 M. betrug; 3 Monate früher waren die Preise in London rund 194, in Berlin 210 gewesen, die Differenz betrug also 16 M. Diese Differenz ist genau um 15 M. zurückgegangen, also 46 M. Diese Differenz ist genau um 15 M. zurückgegangen, also genau um so viel als die Zollermäßigung beträgt. Damit ist der Beweis geliefert, daß der Zoll voll und ganz vom inländischen Konsumenten getragen wird, daß er um den vollen Betrag das Korn verteuert und daß also die Forderung der Abschaffung jedes Getreidezollens immer wieder erhoben werden muß. Ebenso läßt sich heute ziffernmäßig genau nachweisen, daß derselbe Einfluß sich auch in den Brotpreisen andrückt. Diese neueren Forschungen über die Wirkung der Getreidezölle sind einfach unwiderleglich. Unter diesen Umständen müssen wir an die verbündeten Regierungen immer wieder die Aufforderung richten, die Frage der vollständigen Beseitigung der Getreidezölle nicht aus den Augen zu lassen. Der Reichskanzler soll dieser Lage erklären haben, er denke nicht daran, die Getreidezölle zu ermäßigen; aber die Ereignisse werden ihn dazu zwingen, wenn er nicht will, daß dieser Splitter aus dem Fuß des deutschen Volkes nicht in einem langwierigen Prozeß herauszittern soll.

Staatssekretär v. Malchahn: Auf die Getreidezoll-Frage möchte ich für jetzt nicht weiter eingehen, sondern mache hier nur die eine Bemerkung, daß der Abg. Barth das Einkommen der an der Grenze lagernden Getreidemassen nach dem 1. Februar an ihren Einfluß auf die Preisbildung ganz außer Acht gelassen hat. Der gestellte Antrag ist schon im vorigen Jahre in Verbindung mit einem Antrag wegen Ermäßigung der Tabaksteuer behandelt worden; bezüglich des Tabakzollens wurde er abgelehnt, bezüglich der Steuer der verbündeten Regierungen zur Erwägung überwiesen. Die Ausschüsse des Bundesrats haben darüber noch nicht Bericht erstattet (Bewegung), doch liegt darin keinerlei Verschleppung. Die Ausschüsse konnten gar nicht sofort in die Beratung eintreten, da unmittelbar vorher eine in den Sitzungen des Bundesrats über die Frage fertiggestellt war. Ein greifender Rückgang in der Zahl der Pfläner und der bebauten Fläche ist eingetreten, aber dieser Rückgang ist fast regelmäßig erfolgt, wenn ein Preisabschlag vorhergegangen war; ebenso wie ein Preisabschlag eine Steigerung der betreffenden Zahlen zur Folge hat. Sollte der Antrag jetzt angenommen werden, so werden die verbündeten Regierungen ihn prüfen; was sie beschließen werden, kann ich heute noch nicht sagen.

Die Abg. Wirklin (natl.), v. Wintersfeld (nl.) und Scipio (natl.) sprechen für den Antrag Menzer.

Abg. Wollenbuhr (Soz.): Den Interessenten, die bis jetzt fast allein zu Worte gekommen sind, gegenüber muß doch die Thatfache betont werden, daß es doch keineswegs die pure Bosheit der Fabrikanten und Händler ist, daß sie den deutschen angeblich so guten Tabak nicht verarbeiten, sondern dem angeblich so schlechten und amerikanischen den Vorzug geben. Der Gesetzmacht des Publikums kann sich nun einmal für die in Deutschland gedeihenden Tabaksorten nicht begeistern. Wenn Abg. v. Wintersfeld aus Patriotismus einmal eine udermärktliche Zigarre raucht, so ist ja sein Patriotismus zu loben, aber sehr viel Geruch wird er nicht davon gehabt haben. Die Pfläner Zigarren, die Abg. Menzer gestern auf den Tisch des Hauses niederlegte, hatten immer noch ein Sumatradelblatt. Eigenthümlich an dem Antrag ist es, daß man eine Erhöhung des Zolles auf Tabak verlangt, nicht aber eine Erhöhung des Zolles auf die fertigen Zigarren, was doch viel praktischer wäre, wenn man den inländischen Tabak, der nur mit solchen fremden Stengeln vermischt verbraucht wird, abfähig halten will. Ohne fremde Stengel könnte eine Vermeidung des Konsums deutscher Tabake nur durch eine Vermeidung des Konsums an Pfeifentabak eintreten, und davon ist heute nicht zu denken.

Abg. Dr. Höffel (Grafen, Rp.) spricht von der im allgemeinen unbefriedigenden Lage der deutschen Landwirtschaft. Das platte Land könne den fortbauenden Abfluß der Bevölkerung

in die Städte nicht mehr ertragen. Berlin habe die Hälfte seiner Bewohner aus dem platten Lande aufgezogen. Den Klagen der Tabakbauer möchte noch am leichtesten durch das Monopol abzuhelfen sein.

Abg. Tröltzsch (natl.) weist auf den insolge der übermächtigen Konkurrenz des geringwertigen russischen Hopfens und insolge der unrichtigen Normierung des Hopfenzollens eingetretenen Rückgang des bayerischen Hopfenbaues hin. Im Wahlkreise Ansbach-Schwabach lege man auf die Aufrechterhaltung der Getreidezölle den allergrößten Werth und werde sich jeder weiteren Abdrückung derselben auf das entschiedenste widersetzen.

Abg. Orterer (Zentr.): In der bayerischen Kammer der Abgeordneten ist vor Kurzem ganz allgemein anerkannt worden, daß wir es in der Frage des einheimischen Tabakbaues mit einem hochentwickelten Gegenstande zu thun haben, dessen großes wirtschaftliches Interesse außer Zweifel steht. Ich halte auch in erster Linie die Herabsetzung der Steuer für praktischer als die Erhöhung des Zolles. Leider muß man ernstlich besorgen, daß auch ernste Erwägungen sobald nicht zur Beseitigung der Mißstände führen werden. Wir können nichts weiter thun, als die Regierung dringend ersuchen, die Frage in den beiden in Betracht kommenden Richtungen auf das gründlichste zu prüfen. Die allgemeinen Ausführungen des Abg. Barth haben mich nicht überzeugt. Wenn man eine Behauptung 12 Mal anspricht, so ist sie damit noch nicht bewiesen. (Zuruf links.) Seine „neuen Forschungen“ haben auch nur einen sehr engbegrenzten Werth. Eine allgemeine Reduktion der Getreide-, Mehl- und Brotpreise ist nicht eingetreten; (Widerspruch links) auch ist der Zeitraum seit dem 1. Februar noch viel zu kurz, um einen sicheren Rückschluß auf die Preisbewegung zu gestatten. Die Frage bleibt also mindestens freitragend. Gegen die Andeutung des Abg. Höffel bezüglich des Tabakmonopols müssen wir uns entschieden verwahren.

Abg. Brömel (dfr.): Herr Orterer hat allgemein die Ausführungen des Abg. Barth bestritten, ohne irgendwie auf das Einzelne einzugehen, und er zeigt sich über die neuesten Vorgänge auf dem Gebiete der Preisbewegung nicht einmal genügend unterrichtet. Die Forderung eines höheren Schutzzollens für Hopfen hat mich überrascht; ich kann nicht glauben, daß auf eine so kurze und gelegentliche Anregung aus dem Hause hin der Bundesrath sich auf die Forderung einlassen wird; hier kommt doch auch die große deutsche Brauerei-Industrie in Betracht. Der Tabak genießt ja schon jetzt einen Vorkurs von 40 M. auf den Doppelzentner, also von 183 1/2 pSt. des Durchschnittswertes; diesen Vorkurs wollen Sie auf 80 M., d. h. 206 2/3 pSt. des Wertes, erhöhen! Für das konsumierende Publikum wird dabei nicht einmal etwas gewonnen, denn nach den eigenen Aussagen der Herren Abg. Scipio und Genossen werden ja die guten deutschen Sorten ins Ausland exportirt und den Deutschen bleibt nur das geringere Produkt. Herr Wirklin schildert die Verhältnißlosigkeit der deutschen Konkurrenz; er sollte doch die Zwangsregierung vernachlässigter Konsumenten beantragen! Die einseitige Erhöhung des Zolles, ohne jede Rücksicht auf die Interessen der Konsumenten, nur im Interesse der Tabakbauer, müssen wir auf das Entschiedenste zurückweisen; mit dem Hinweis darauf, daß es dem einen oder anderen Tabakbauer schlecht geht, kann man einen solchen Antrag nicht begründen.

Abg. von Stumm (Rp.) kann den heutigen Ausführungen des Abg. Barth über die vererbliche Wirkung der Getreidezölle keinen erheblichen Werth beilegen. Neues sei nicht beigebracht, sondern nur die alten allgemeinen Redewendungen.

Abg. Barth: Gerade Herr Freiherr v. Stumm begnügt sich mit allgemeinen Redewendungen, ohne den Dingen auf den Grund zu gehen. Allerdings habe ich vorhin etwas Neues vorgebracht, was noch gar nicht bekannt sein konnte; ob es etwas Wesentliches war, hängt natürlich von der Urtheilskraft desjenigen ab, der sich mit der Sache befaßt. Sie wollen aber unsere thatsächlichen Argumente nicht hören und nicht würdigen. Sie verlassen sich auf Ihre Inspirationen. Nicht Sie, sondern wir sind in dieser Frage die Vertreter der wahren Interessen des Volkes. (Lachen und Widerspruch rechts.) Sie vertreten, das werden wir nicht müde werden hier zu wiederholen, wesentlich nur die Interessen der Großgrundbesitzer, nicht der breiten Schichten der Bevölkerung. (Beifall links.)

Abg. Menzer wendet sich gegen die Ausführungen der Abgg. Brömel und Wollenbuhr und empfiehlt nochmals die Annahme des Antrages.

Abg. Holz (Rp.): Herr Barth hat heute statt einer Tabakrede eine Getreidezollrede gehalten, in welcher er neue Forschungen zum Besten gab. Ich habe die letzteren nicht selbst mit angehört; wenn aber Herr Barth die Entdeckung, daß Getreide- und Brotpreise nicht in unmittelbarem Zusammenhang stehen, als eine neue ansieht, so kann das auf uns keinen Eindruck machen; wir haben das lange gewußt. (Zuruf des Abg. Barth.) Mit solchen Argumenten wird man die allgemeine Ueberzeugung von der Nothwendigkeit der Aufrechterhaltung der Getreidezölle nicht erschüttern. (Beifall rechts.)

Nach weiteren kurzen Bemerkungen des badischen Ministerialraths Scherer, und der Abgg. Brömel, Orterer und Wollenbuhr vermahnt sich Abg. Barth gegen die eigenthümliche Methode des Abg. Holz, gegen Ausführungen, die er nicht selbst gehört hat, zu polemisieren, er möge in Zukunft sich erst orientieren.

Damit schließt die Debatte. Der Titel „Zölle“ wird bewilligt. Die Abstimmung über den Antrag Menzer bleibt nach Probe und Gegenprobe zweifelhaft. Die Anzahlung ergibt die Beschlußunfähigkeit des Hauses; es sind nur 178 Abgeordnete anwesend, von denen 13 mit Ja, 85 mit Nein stimmen. Der Präsident beraumt die nächste Sitzung auf 10 Minuten später, auf 4 1/2 Uhr zur Fortsetzung des Tagesordnungs an.

Bevor der Präsident die Sitzung für geschlossen erklärt hat, richtet der Abg. v. Malchahn an ihn die Frage, ob er über den Stand der gesetzgeberischen Arbeiten zur Abänderung des Unterstüchungs-Verordnungs-Gesetzes unterrichtet sei. Der Präsident erklärt, daß ihm bisher keine Vorlage zugegangen wäre. Staatssekretär v. Bötticher theilt mit, daß ein bezüglicher Entwurf dem Bundesrathe vorliege.

Schluß 4 Uhr 33 Minuten.

192. Sitzung vom 9. März, 4 1/2 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: von Bötticher, von Malchahn.

Die Etatsberatung wird fortgesetzt beim Einnahmestitel „Tabaksteuer“ 10 773 000 M. Die Position wird bewilligt, ebenso ohne Debatte die Titel „Zuckersteuer“ a) Materialsteuer 11 673 000 M. b) Verbrauchsabgabe 56 523 000 M., „Salzsteuer“ 41 514 000 M., „Branntweinsteuer“ a) Material-, Bötticher- und Branntweinsteuer 17 452 000 M. b) Verbrauchsabgabe und Zuschlag zu derselben 102 607 000 M., „Branntweinsteuer“ und Uebergangsabgabe für Bier 23 877 000 M., desgl. die Averse.

An Reichsstempelabgaben sind in den Etat eingestellt 37 109 000 M.; die Bewilligung erfolgt ohne Debatte; ebenso wird der Etat des Reichsschatzamtens ohne Diskussion unverändert bewilligt, desgleichen die bayerischen Anoten und die noch existierenden Ausgabeartikel im außerordentlichen Etat des Extraordinariums sowie die Einnahmestitel: W-

sonderer Beitrag von Esch-Bohringen, Zinsen aus besetzten Reichsgeldern, Ueberschüsse aus früheren Jahren, Materialbeiträge und außerordentliche Deckungsmittel, letztere beiden Kapitel unter Vorbehalt der definitiven Feststellung der Ziffern. Der Etat der Reichsschuld erfordert eine Ausgabe von 60 865 000 M.

Das Haus bewilligt auch diesen Etat ohne Debatte und genehmigt in gleicher Weise das Etats- und Anleihegesetz.

Die wegen Bewilligung von Ehrengulagen an die Inhaber des eisernen Kreuzes von 1870/71 sollen nach dem Antrag der Budgetkommission den verbündeten Regierungen zur Ermäßigung, die Petition der Handelskammer zu Hienburg wegen Herabsetzung der Fernsprechgebühren u. s. w. als Material überwiesen werden. Die Abstimmung wird in der dritten Lesung erfolgen, ebenso die Abstimmung über die Resolutionen Menzer und v. Bar, betreffend den Tabakzoll und die Auslieferungsvorträge.

Damit ist die zweite Beratung des Etats erledigt. Die nächste Sitzung wird auf Montag, den 14. März, 1 Uhr festgesetzt zur dritten Beratung des Krankenkassen-Gesetzes. Der Präsident richtet an alle Parteien die dringende Bitte, von da ab pünktlicher zu erscheinen, da der gegenwärtige Zustand die Führung der Geschäfte des Hauses unmöglich mache und den Reichstag vor der ganzen Welt herabsche. Schluß 5 1/2 Uhr.

## Abgeordnetenhause.

28. Sitzung vom 9. März. 11 Uhr.

Am Ministerische: Riquel, Graf Jedlich und zahlreiche Kommissarien.

Die zweite Beratung des Etats des Kultusministeriums wird fortgesetzt und zwar im Kapitel 120: Höhere Lehranstalten, Titel 2: Zuschüsse an die vom Staate zu unterhaltenden Anstalten.

Der Titel wird genehmigt; ebenso die Titel 3 und 4: Zuschüsse für die vom Staate und anderen gemeinschaftlich zu unterhaltenden Anstalten und für die von anderen zu unterhaltenden, vom Staate zu unterstützenden Anstalten, wobei Abg. Sombart die Ausbildung der technischen Mittelschulen empfahl.

In Titel 5 werden mehr verlangt 1 400 000 M. zur Durchführung des Normalplans von 1892 für die Direktoren und Lehrer der höheren Lehranstalten sowie zur Remuneration für Hilfsunterricht.

Der Normalplan von 1892 tritt an die Stelle des Normalplans von 1872. In dem Normalplan, der in einer besonderen Drucksache vorgelegt ist, liegen folgende Anträge vor:

1. Von der Budgetkommission: den Normalplan durch Bewilligung des Titels 5 für erledigt zu erklären, jedoch mit dem Ersuchen an die Staatsregierung, auch die über 4 Jahre hinausgehende Thätigkeit als remunerirter Hilfslehrer für anrechenbar zu erklären.

2. Von den Abgg. Korsch-Kropatsch und Genossen: Von der früheren Dienstzeit des Leiters einer Anstalt als wissenschaftlicher Lehrer einen solchen Theil für anrechenbar zu erklären, daß ihm in seiner Stellung als Leiter ein gleich hohes Gehalt gewährt werden kann, wie es ihm zuzurechnen würde, wenn er in der Stellung eines wissenschaftlichen Lehrers geblieben wäre.

3. Von den Abgg. Dürre, Graf-Eberfeld und Genossen: Den bereits definitiv angestellten, sowie den demnächst anzustellenden ordentlichen wissenschaftlichen Lehrern aus ihr Dienstalter den über drei Jahre hinausgehenden Theil der Dienstzeit als remunerirte Hilfslehrer anzurechnen, soweit nicht diese längere Dauer der Hilfszeit durch Ablehnung angebotener Stellen als ordentlicher Lehrer veranlaßt ist.

4. Abg. Meyer-Berlin will die Gehaltsätze für Berlin auch für dessen Vororte gelten lassen.

5. Abg. Sperlich will den Unterschied der Gehaltsätze zwischen Städten über und unter 50 000 Einwohnern aufheben; das Aufsteigen im Gehalt für die Leiter der Volksschulen mit je 300 M. nach 7, 14 und 20 Dienstjahren stattfinden lassen und bei den wissenschaftlichen Lehrern das Dienstalter vom dritten Jahre nach Beendigung des Probejahres zu berechnen.

6. Die Abgg. Kropatsch und Genossen wollen das Gehalt der Leiter der Volksschulen in den Städten von mehr als 50 000 Einwohnern statt nach 7, 14, 20 Dienstjahren nach 5, 10, 15 Dienstjahren um je 300 M. steigen lassen.

7. Die Abgg. Dürre und Genossen, die Staatsregierung aufzufordern:

1) die mit dem Normalplan herbeigeführte Verbesserung in den Einkommensverhältnissen der Lehrer an den höheren Lehranstalten als abgeschlossene nicht zu erachten und gelegentlich der allgemeinen Aufbesserung der Beamtenegehälter weiter zu führen,

2) Maßregeln zu treffen, um den Normalplan für die staatlichen höheren Lehranstalten auch für alle nichtstaatlichen höheren Lehranstalten zur Durchführung zu bringen,

3) die durch die Organisation der Schulen dauernd notwendig gewordenen oder dauernd notwendig werdenden Stellen baldmöglichst mit definitiv angestellten Lehrern zu besetzen;

8. Die Abgg. Korsch und Genossen, die Staatsregierung zu ersuchen, die von dem Hause der Abgeordneten wiederholt als notwendig anerkannte Gleichstellung der Lehrer an den höheren Lehranstalten in ihren Dienstverhältnissen mit den Richtern erster Instanz sobald als möglich herbeizuführen.

Mit diesem Titel zusammen berathen wird der erste Titel des Kapitels Provinzial-Schulkollegien, in welchen für die Provinzial-Schulräthe mit Rücksicht auf die Gehaltserhöhung der Leiter der höheren Lehranstalten ebenfalls eine Erhöhung des Normalgehaltes von 5100 M. auf 5400 M. vorgelesen ist. Bei der Debatte hierüber vertagt sich das Haus auf Donnerstag 11 Uhr.

## Parteinachrichten.

Rohe Mißhandlung widerfuhr zwei Sozialdemokraten, welche in Zwistungen einer von Geistlichen inspirirten katholischen Versammlung beinahten und sich zum Wort meldeten, als die gegnerischen Redner den tollsten Unsinn über unsere Bestrebungen geschwätzt hatten. Nach der Schilderung, welche die „Bremer Bürgerzeitung“ über den Vorfalle bringt, muß man annehmen, daß die Versammlung aus Wahnsinnigen bestanden hat, denn Menschen, welche im Besitze ihrer fünf Sinne sind, kann man nicht wohl zutrauen, daß sie zwei Menschen so schändlich mißhandeln, wie es hier geschehen ist. Das genannte Blatt schreibt darüber: „Raum, daß die drei Worte „Bitte um Wort“ den Genossen aus dem Munde waren, erhob sich ein unbeschreiblicher Tumult, hunderte von Häufen erhoben sich und fielen auf die Köpfe der beiden Betroffenen nieder, deren Hilferufe in dem Lachen und Brüllen der fanatisirten Masse ungehört verhallen. Schlag auf Schlag, Zutritt auf Zutritt folgte — der Referent und zwei Geistliche verschwandem

von der Bildfläche, nur der Vikar Rätmeier, ähnlich wie der Erzengel Gabriel mit dem flammenden Schwerte, stand mit der Präsidentschloße und klingelnde kalten Anklagen in die „geistigen Kampfeswogen hinein. Kein Wort mehr von der christlich-katholischen Liebe, während zwei Schritt von ihm die beiden Genossen mit „christlich-katholischer Nächstenliebe“ überschüttet wurden. Dem Herrn Vikar wurde von einem der Beiden zugeworfen, sie zu schämen, da er die Verantwortung zu tragen habe — ein gleichgültiger Blick und ruhig klingelte er weiter. Noch eine Minute und die Leiber unserer Freunde wären von der wuschelnden Masse zertrümmert worden. Da erschien der Reiter. Der anwesende Gendarm hatte sich durchgedrängt und mit gezogenem Säbel und mit gespanntem Revolver sich Bahn schaffend, wurden die „Rebellen“ in das Privatzimmer des Wirtes geführt. Jetzt waren dieselben in Sicherheit, doch es schien nur einen Augenblick so, die ganze entsetzte, verblüffte Meute, die welcher der Brandwein bereits seine Wirkung getan hatte, verlangte die Herausgabe der Beiden, welche nach ihrer eigenen Aussage, nachdem sie die Situation erkannt, mit dem Leben schon abgeschlossen hatten. Während der ungefähr 1 1/2 Stunden, die unsere Genossen im Zimmer des Wirtes waren, wurden von ihnen wie dem Gendarm und Ortsvorsteher, Rettungspläne entworfen. Letztere sprachen ihre Meinung dahin aus, daß an ein Bleiben nicht zu denken sei, in höchstens einer Stunde seien die Gläubigen durch den genossenen Brandwein total von Sinnen und dann sei an ein Schützen ihrerseits nicht zu denken. Der Gendarm hatte mittlerweile sein Pferd holen lassen und daselbst bestiegen; nachdem er vor den Augen der Kolle Korah seinen Revolver geladen, mußten unsere Genossen, geführt von dem Zwitsinger Ortsvorsteher, dem Pferde voranzumarschieren. Doch kaum dreißig Schritte waren sie vorwärts gekommen, als ein wahrer Hagel von Ziegel- und Straßensteinen von allen Seiten unter einem betäubenden Gejohle und Hurrahgeschrei hernieder regnete. Die meisten derselben verfehlten ihr Ziel nicht. Einer der Genossen bekam zuletzt einen Stein an den Hinterkopf, so daß er halb bewusstlos nieder taumelte. Im Begriff, den Verletzten in eine mittlerweile erreichte Wirtshaus zu schaffen, wurde die Thür zugeschlagen, wobei der menschenfreundliche Wirt die Worte sprach: „Was soll ich mit den Kerlen?“ Der letzte Augenblick schien jetzt gekommen zu sein, brüllend stürzte die „tapfere“ Christenschaar, die Mehrzahl mit irgend einem Exemplar der „geistigen Waffen“ versehen, auf die beiden „Gemeindefreier“, „Familien- und Geistesförderer“ ein — doch ein guter Stern waltete über ihnen. Dem Gendarm, mit seinem Pferde alles über den Haufen reitend, gelang es, die Masse so lange aufzuhalten, bis unsere Genossen in Begleitung des Ortsvorstehers die Gasse nach Bassum erreicht hatten. Nach einer Viertelstunde konnten dieselben das Wuthgeheul der Menge vernahmen, welche durch ein geschicktes Manövrier des Gendarmen irre geleitet, wählten, die Genossen hielten den Weg nach dem Zwitsinger Bahnhof genommen, während dieselben gen Bassum traten, von wo sie zwei Stunden später, wenn auch mit vollständig gesunden Gliedmaßen und tüchtig „in den Mai geschickt“, den letzten Zug nach Bremen benutzten.

Dieser Vorfall kann Herrn v. Jedlich wieder lehren, daß konfessionelle Religion keineswegs das moralische Heilmittel ist. Solche Greuelthaten würden nicht vorkommen, wenn die Menschen anstatt zu gegenseitigem Haß zur Duldsamkeit und überhaupt zur Gerechtigkeit gegen einander erjogen würden. Um ein solches Resultat der Erziehung zu erzielen ist es unbedingt notwendig, die Schule auf rein menschliche Tugenden zu gründen, sie von allen Passionsinteressen zu befreien, denn der Begriff der Duldsamkeit ist der Pfaffe.

Um rasch und sicher die Prügelhelden der Bestrafung überliefern zu können, ersucht die „Bremer Bürger-Zeitung“ alle Genossen, welche aus Zwitsingen oder nächster Nähe herkommen oder die örtlichen Verhältnisse kennen, ihre Adresse an Alwin Kertl, Gellertstraße 39, Bremen, einzufenden.

**Ueber die Soldatenmishandlungen und den militärischen Boykott** verhandelte am Sonntag eine Volksversammlung in Stuttgart. Hinsichtlich der militärischen Boykotte sprach der Referent Genosse Schlegel aus Esplingen unter stürmischem Beifall die feste Ueberzeugung aus, daß durch alle denartige Schädigungen von steuerzahlenden Bürgern gerade das Gegenteil von dem erreicht werde, was erreicht werden soll; der Siegeszug der Sozialdemokratie, der durch die wirtschaftlichen Verhältnisse loslosig begünstigt werde, sei nicht aufzuhalten durch polizeiliche oder militärische Unterdrückungsmaßnahmen. Wenn wir das Sozialistengesetz überwinden und dessen Urheber verurteilt haben, so werden wir auch die neuesten Gewaltmaßnahmen überdauern. Die Versammlung faßte Resolutionen, laut denen die Usmächtige des Militarismus als mit demselben notwendig verbunden bezeichnet werden und die Hoffnung auf den Fortfall derselben nur auf den Wegfall des heutigen Klassenstaats bezogen, auf die Umwandlung des bestehenden Heeres zu einer allgemeinen Volkswehr gesetzt wird. — Der militärische Boykott ist übrigens erst erfolgt, nachdem die Stuttgarter Stadtdirektion, also eine Zivilbehörde, der Militärverwaltung die Mitteilung gemacht hatte, daß in den betreffenden Lokalen „vorzugsweise“ Sozialdemokraten verkehren.

Das Zentrum verliert mehr und mehr in der Gunst des katholischen Volkes, seitdem Junkerinteressen in ihm die Oberhand gewonnen haben. Dr. Sigl stellt im „Bayrischen Vaterland“ den Führern des Zentrums eine Fehlführung aus, die an Zerstörung nicht zu wünschen übrig läßt: „Wenn die Zentrumsjunker glauben, sich in Berlin dekorieren lassen und dafür hoffen zu müssen, dann sollen sie sich von den Uernäckern und pommerischen Knechten wählen lassen, da sind sie dann am Platz unter den hochpreussischen konservativen Schnapsjunkern und Zuckerdarobaren. Haben diese Herren in ihrer bisherigen Haltung der preussischen Regierung zuliebe das Dichterwort erfüllt: „Halb zog es ihn, halb sank er hin“ — so werden wir Strandringer Gänbewohner bei der nächsten Wahl die weitere Verzerrung erfüllen: „Und ward nicht mehr gesehen.“ Die Altlinger Bauern, welche vor zwei Jahren ihren nun abgedankten Pfarrer wegen seiner lakonischen Predigt ärgerten, werden das nächste Mal Gesellschaft finden, denn zum Besten sind wir lang genug gehalten worden.“

#### Aus der sozialdemokratischen Presse.

**Manusheimer „Volkstimme“:** „Mag sich der Kreis derjenigen, die uns, nachdem sie und durch andere Mittel nicht zu befechtigen vermochten, zu erschmettern drohen, immer mehr verdichten, mögen sie auch wieder ein neues Sozialistengesetz gebären, wir werden alledem Trotz blickend, einem Kordlasse aus dem Wege gehen. Arbeiter, und namentlich ihr Arbeitslosen, ihr seht, welcher Wind zur Zeit pfeift, seid vorsichtig in eurem Handeln; verliert nicht aus dem Auge, daß eine Bande von Spiegeln und sonstiger nichtsnutziger Lagediebe an euch herantritt, um euch zu Handlungen zu verleiten, die euch und der ganzen Arbeiterklasse bitter ausfallen würden. Ihr würdet euch selbst dadurch schaden und den Auflösungsprozeß der heutigen Gesellschaftsordnung aufhalten.“

#### Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— **Wahrung berechtigter Interessen.** Zu diesem Kapitel wird der „Frankfurter Zeitung“ aus Köln geschrieben: „Aus dem Köln-Chrenfelder Veteranenverein waren aus Betreiben des Vorsitzenden, eines Beamten, sechs Mitglieder wegen angeblicher Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen worden. Mehrere wurden infolge dieser Verurteilung brotlos und strengten im vorigen Jahr gegen den Vorsitzenden Sch. einen Prozeß an, in dem erwiesen wurde, daß zwischen dem Bezirkskommando und dem Polizei-

präsidium hierseits wegen der im Veteranenverein vorhandenen „Sozialdemokraten“ viel hin- und herkorrespondiert worden war. . . . Zwei Polizeibeamten hatten ihre Aussage verweigert, nachdem der verlagte Vereinsvorsitzende zu seiner Entlassung geltend gemacht hatte, fünf der Kläger seien ihm von der Polizei als „Sozialdemokraten“ bezeichnet worden. Das Gericht beschloß damals, den Polizeipräsidenten und, wenn möglich, den Regierungspräsidenten zu ersuchen, den beiden Beamten die Abklärung ihres Zeugnisses zu gestatten. In der Sitzung am 4. März der Strafkammer wurde der Beklagte freigesprochen, und zwar aus folgenden Gründen: Es sei unnötig, festzustellen, ob die Kläger dieser oder jener politischen Partei angehörten oder nicht; der Beklagte sei durch seine vorgelegte Behörde in die fragliche Situation hineingedrängt worden (); er habe in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt und es liege ihm daher der Schutz des § 193 zur Seite; die persönliche Ehrenhaftigkeit der Kläger sei nicht angezweifelt worden! . . .“

— In Westerröde ist ein Polizist mit der Ueberwachung von Volksversammlungen betraut, dem kürzlich das Malheur passierte, einen beurlaubten Garde du Corps-Soldaten zu verhaften, weil er die Uniform desselben für einen Maskenanzug hielt.

— **Zellefessionen.** Die gegen den Genossen Bildhauer Keustergerling in Röhlfhausen von der Staatsanwaltschaft erhobene Anklage, zum Ungehorsam gegen Anordnungen der Obrigkeit dadurch aufgereizt zu haben, daß er zur Erhebung eines Eintrittsgeldes trotz der Vorschrift einer Regierungsverordnung, nur mit Genehmigung der Polizeibehörde die Eintritte einer Versammlung durch freiwillige Sammlungen zu bedecken, aufforderte, ist auf den Antrag des Rechtsanwalts Stadthagen von der Strafkammer zu Erfurt abgelehnt worden, weil die Thatfache, daß das Kammergericht derartige Polizeiverordnungen für ungültig erachtet hat, das Bewußtsein einer rechtswidrigen Aufforderung ausschließt, überdies aber selbst bei der Annahme der Rechtsgiltigkeit der betreffenden Verordnung. Die Aufforderung, ein Eintrittsgeld zu zahlen, keine Aufforderung gegen das Verbot, Eintrittsgelder zu erheben, enthält. Es sei bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen, daß trotz der vielfachen Kammergerichtlichen Entscheidungen über die Ungiltigkeit solcher Regierungsverordnungen bislang nur eine sehr geringe Anzahl dieser Verordnungen des § 16 des verfallenen Sozialistengesetzes von den Behörden aufgehoben ist. Die Strafkammer zu Kiel hat sogar gegen einen dortigen Genossen die Anklage aus § 110 des Straf-Gesetzbuches wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen behördliche Anordnungen erhoben. Würden die Beamten oder wenigstens der Fiskus für alle durch Erhebung solcher Anklagen erwachsenen Kosten und Auslagen der Angeklagten durch Gesetz verantwortlich gemacht, es würde die Staatskasse bezw. des Portemonnaie der Beamten wohl jährlich um eine recht beträchtliche Summe erleichtert werden. Uebersteigt doch die seitens der Staatskasse für Zeugengelder und Verteidigungskosten aus Anlaß der auf Grund der rechtswidrigen Regierungsverordnung erhobenen Anklagen allein im Bezirk der Potsdamer Regierung gezahlte Summe 1000 Mark. Die Erhebung solcher Anklagen ist nach der Richtung hin mit Freude zu begrüßen, da sie unsere Forderung, eine Entschädigung für unschuldige Angestellte in allen Fällen, insbesondere auch dann vom heutigen Staat zu verlangen, wenn einem Beamten kein Vergehen zur Last fällt, auch für die weitesten Kreise zu begründen geeignet ist.

— **Oesterreichisches.** Der Gallonger Bezirkshauptmann verließ an die Bürgermeister und Gemeindevorsteher seines Bezirkes einen Haß, welcher das Tragen von breiten schwarzen Hüten und roten Bändern bei Begräbnissen bei Strafe bis zu 100 Gulden oder 14 Tagen Arrest unterlagt.

## Tokales.

Im „Töchterheim“ — der unter dem Protektorat der Kaiserin stehenden Stiftung für verwaisene Töchter von Reichs-Post- und Telegraphenbeamten, fand gestern der zweite diesjährige Vortragabend statt, und zwar sprach Herr Ministerialdirektor S a c h s e über „Eine Winterreise nach Nordamerika“. — So lautet die Eingangsworte eines Lokalartikels der (freisinnig-organen) „Antisemitischen Post“. In dem Artikel wird dann weiter ausgeführt, daß der Vortragende die Eindrücke sehr lebhaft und weit schilderte, welche er auf einer im Winter 1888/89 unternommenen Dienstreife nach den Vereinigten Staaten empfangen hat. Der Herr Ministerialdirektor hat den Niagara-fall besucht, sich die Mormonenstadt angesehen, San Francisco nach eigener Anschauung kennen gelernt u. s. w.

Ein „Angehöriger“ des Herrn Ministerialdirektors“ sendet uns nun im Anschluß an den Bericht der „Post“ folgende ganz interessante Erklärungen:

Der Bericht erweckt vor Allem ein Mal den Anschein, als ob die Versammlung im „Töchterheim“ stattgefunden habe. Das stimmt nicht. Der Vortrag wurde im Postgebäude in der Artilleriestraße abgehalten (gegen Eintrittsgeld), denn ein „Töchterheim“ giebt es überhaupt noch nicht. Der Geld des Eintrittsgeldes sollte zur Vergrößerung des Fonds beizutragen u. d. u. g. eines solchen Heims dienen. Dasselbe sollte eigentlich aus freiwilligen Beiträgen der Beamten und Unterbeamten aller Klassen errichtet werden. Das Komitee rechnete bereits mit Beiträgen in der Höhe von 1 Million Mark und war nicht wenig erstaunt, als im Sommer 1889 kaum — 30 000 M. beisammen waren. Die Subaltern- und Unterbeamten hatten nämlich das Komitee, in dem die Geheimräthe die Majorität hatten, arg im Stiche gelassen, sie hatten dazu auch ihre gewichtigen Gründe. Es blieb dem Komitee schließlich nichts übrig, als eine Sammlung Nummer zwei, ohne jegliche „Beeinflussung der Vorgesetzten“ zu veranstalten. Der Erfolg war ein besserer, so daß das Komitee bis jetzt über 100 000 M. verfügt. Was damit geschehen soll, steht noch nicht fest, auf jeden Fall aber wird noch sehr viel Wasser die Erde hinablaufen, ehe irgend ein Ministerialdirektor des nächsten Jahrhunderts im „Töchterheim“ einen Vortrag halten kann — wenn es da überhaupt noch notwendig ist.

Was den weiteren Inhalt des Vortrages anlangt, so sei auf dessen Schilderungen von Land und Leuten nicht näher eingegangen, dieser Arbeit übersteht und jedes Konversations-Legion. Der Herr Ministerialdirektor hat, wie er selbst erzählt, eine Dienstreife unternommen. Derselbe verfolgte den Zweck, mit der amerikanischen Postverwaltung Verträge abzuschließen wegen Begleitung der transatlantischen Dampfer durch Postbeamte. Angenommen, daß diese Dienstreife in der That notwendig war, so schreit dieselbe doch eine Ausdehnung erfahren zu haben, die mit dem Abschluß der Verträge nichts mehr zu thun hatte. Wenn auch die Postverwaltung alles sehr „billig“ macht, Dienstreifen ihrer Oberbeamten erscheinen nicht übermäßig billig. Auf der einen Seite wird gefordert, daß es den Unterbeamten durch Rauf und Wein geht, auf der anderen giebt es „Dienstreifen“ bis nach den Küsten des stillen Ozeans. Die Steuerzahler haben für Dienstreifen von Ministerial-Direktoren folgende Beiträge zu entrichten:

- a) Tagegelder: 24 Mark pro Tag.
- b) bei Reisen auf Eisenbahnen und Dampfschiffen für jeden Kilometer 13 Pfennig (für den begleitenden Diener 7 Pfennig).
- c) für jeden Zu- bzw. Abgang (auf Bahnhöfen oder Landungsstellen) 3 Mark.

Dazu kommen eine Gebühr für Aufenthalt im Auslande (die Höhe derselben ist verschieden). Auch ist Aussicht auf besondere Gratifikation vorhanden.

Das sind also die Spesen für eine „Dienstreife“. Dieselben mögen nicht zu hohe sein, weil der Beamte zu repräsentieren hat und daß ist kein billiges Vergnügen. Je weniger lange Zeit diese Dienstreifen sich ausdehnen, desto geringer wird der Etat für dieselben sein, — somit ist Kluge des Vergnügens Würte. Der Niagara-fall und die Mormonenstadt können auf keinen Fall übermäßig viel postalische Neuerungen aufzuweisen haben, — wenn einmal ein Postweiser von jenseits des großen Ozeans nach Deutschland käme, er würde sich vor Staunen nicht lassen können über die — Befolgung der postalischen; Arbeitsbienen, der Subaltern- und Unterbeamten.

**Auch ein Bettler!** Wer auf die Dummheit der Menschen spekulirt, macht immer sein Geschäft, die Spekulation auf die Milderthätigkeit derselben ist auch noch einträglich. Wer die Dummheit ausbeutet, muß zwar „gerissen“ sein, er wird sich aber immer mit der Ausrede beruhigen können: Ja, weshalb sind die Leute so dumm! Wer aber aus der Milderthätigkeit seiner Mitmenschen seine Vorteile zieht, ohne derselben bedürftig zu sein, dem steht auch diese Ausrede noch nicht einmal zu Gebote. Einer unserer Abonnenten theilt uns folgenden Fall mit, in welchem ein schlauer Vorortsbewohner die Berliner Sonntag-Ausflügler systematisch „hineinzulegen“ pflegt: In der Nähe des Bahnhofes Schöneberg sah am letzten Sonntag ein Bettler. Viele der vom Bahnhof Kommenden und zum Bahnhof Gehenden spendeten dem an der Straße Hockenden eine Spende; im Laufe der Zeit muß derselbe eine ganz erhebliche Anzahl Nickel zusammengehohlet haben. Wir kam der Mann eigenthümlich bekannt vor, doch lachte ich mich zuerst selbst aus — es war ja ganz unmöglich, daß dieser Bettler und der wohlhabende Mann, der mir vor Augen schwebte, ein und dieselbe Person sein sollten! Das wäre ja doch der beste Wahrsinn. Je mehr ich mir aber den Mann ansah, desto mehr schwanden meine Zweifel. Um endlich Klarheit zu erlangen, trat ich nahe heran, und richtig — ich hatte mich nicht getäuscht, vor mir sah der wohlhabende Fuhrer und Eigenthümer L. aus Schöneberg, in der S. . . . Straße Nr. . . . wohnhaft. (Genauere Adresse ist uns bekannt. D. Red.) Als ich mich von meinem Erfahrenen erholte hatte, hielt ich mit meiner Auffassung von der Sache nicht zurück, aber der Pseudo-Bettler lachte und meinte wohl Seelenruhe: So dumm wie Sie bin ich nicht, wenn mir jemand etwas schenkt, so stehe ich das ruhig ein. Damit klapperte er sehr vergnügt mit seinen zusammengebeutelten Nickeln, machte sich aber bald darauf aus dem Stande, weil es ihm sehr wenig angenehm schien, daß ich hinter seine „Geschäftskniffe“ gekommen war. Ich will noch bemerken, daß der „Bettler“ Besitzer von drei Gepannen ist (Pferde und Wagen) und selbst Kutscher beschäftigt, die allerdings von der „guten“ Behandlung ein Lied zu singen wissen. Im Herbst werden sechs bis 7 Gänse eingeschachtet, hin und wieder mal ein paar Schweine und so etwas setzt sich hin und bettelt die Leute an! Ist das nicht unerhört?

Schon ist's freilich nicht und nach dieser Veröffentlichung wird's sicher mit den Sonntagsetnahmen des braunen Schönebergers ein Ende haben. Daß da draußen in ihrem Millionen-dorfe die Zahl der echten und rechten „Gemeinmenschlichen“ eine beträchtliche ist, ist übrigens uns Berlinern nichts Neues mehr. Rändlich, schändlich!

Aus der Zeit der Straßenkravatte datirt folgende, recht weite Geschichte, welche dem Drofchkenkutscher R. passiert ist. Derselbe kam in der Nacht vom 28. zum 27. v. Mts. mit seiner Drofschle die „Linden“ an der Nordseite entlang gefahren. Als er nun über die Friedrichstraße fahren wollte, kamen ihm vier sein gefellende Herren entgegen, die unter sich auf dem Straßen-damme die tollsten und ausgelassensten Streiche vollführten. Kurz vor dem Kreuzungspunkte obiger Straße blieben dieselben plötzlich stehen und rief einer von ihnen in barbarem Tone: „Sinkt vorbeifahren!“ Der Kutscher, welcher sah, daß er es mit in befeuertem Zustande befindlichen Leuten zu thun hatte, folgte, um Weiterungen zu vermeiden, diesem anmaßenden Jurse. Raum war er jedoch, ohne ein Wort dabei zu verlieren, an den Herren vorbeigefahren, als ihm einer derselben mit einem Spazierstocke muthwillig die hintere Scheibe seines Kupess zer-schlug. Auf dem Polizeirevier in der Bauhofstraße entpuppte sich, der „Allg. Fahr-Ztg.“ zufolge, der ausgetragene Uebelthäter als ein . . . Polizeisekretär. Kommentar überflüssig!

Das vor einigen Tagen erfolgte Verschwinden des Juwelers Allewelt, Andreasstraße 86 wohnhaft, wird im Osten Berlins gegenwärtig viel besprochen. Dieses Blätter erfahren über den Anlaß zu dem Vorkommnis das Folgende: Allewelt, welcher nicht bloß ein gutgehendes Geschäft in Gold- und Silberwaaren inne zu haben schien, sondern auch mehrere städtische Ehrenämter bekleidete, war in seiner Gegend ein angesehenen Mann. Diesen Umstand wußte er nach Kräften auszunutzen. Er suchte und fand nicht nur bei Bekannten und Freunden einen weitgehenden Kredit, sondern schaute sich auch nicht, sich auf Kosten der ärmeren Bevölkerungsklasse zu bereichern. Dies wurde ihm als Waisentrath, als Schrift-führer des Andreasplatz-Bezirksvereins und im Hinblick auf sein offenes, ehrlich erscheinendes Wesen nicht eben schwer. Hierin dürfte indes der Hauptgrund zu seinem Verschwinden nicht zu suchen sein, denn es handelt sich doch immerhin nur um Darlehen, deren Aufnahme zu einem Konflikt mit dem Strafgesetz nicht führen kann. Dagegen wird dem Vermissten noch nachgelagt, daß er den Hausbesitzer L. durch Unterschlagung um die Summe von tausend Mark gebracht und außerdem mehrere Firmeninhaber in betrügerischer Weise geschädigt habe. Nachdem er infolge hiervon seine nähere Belamität mit dem Staatsanwalt besprechen mußte, hat er es als Alleweltsweltmann vorgezogen, Fersengeld zu geben und in alle Welt zu gehen. Wenn nun auch der Verschwindens in einem an seine Familie gerichteten, aus Besten eingelaufenen Schreiben die Absicht kundgegeben hat, sich das Leben nehmen zu wollen, so glau-man doch, daß diese Absicht Allewelts nicht ernst genommen werden dürfe. Man ist vielmehr der Ansicht, daß Allewelt diese Nachricht nur zu dem Zwecke gegeben hat, um desto sicherer über die Grenze verdulsten zu können.

Auf schreckliche Weise verunglückte vorgestern der in der Klinkfabrik zu Nummersburg angelegte Meister Pabst. Derselbe steht schon viele Jahre im Dienste der Altiengeellschaft für Klinkfabrikation und genoß bei seinen Vorgesetzten seiner Zuverlässigkeit wegen allgemeines Vertrauen; um so mehr war man in der Fabrik überrascht, als er sich nicht auf seinem Posten sehen ließ. Nachforschungen ergaben bald, daß Pabst bei Beginn der Arbeit erkrankt war, sich dann entfernt hatte und seit dieser Zeit nicht mehr gesehen worden war. Einmal bemerkte ein Arbeiter an der Oefnung eines zur Fardstoffbereitung dienenden Behälters, zu welchem der Klinker mittels einer Leiter führt, ein Buch und einen Resthaß des vermissten Meisters. Die Untersuchung des Fardstoffservoirs hatte das traurige Ergebnis, daß die Leiche des Meisters in demselben gefunden wurde; der Unglückliche hatte in der ägenden Flüssigkeit einen qualvollen Tod gefunden. — Ueber den tragischen Unfall sind nun widersprechende Gerüchte in Umlauf: von der einen Seite wird der Vermuthung Ausdruck gegeben, daß P., der in der letzten Zeit ein verärrtes Wesen gezeigt haben soll, sich selbst in der Fabrik einfind, und daß er an dem Fardstoffservoir nicht zu suchen hatte; andererseits wird daran festgehalten, daß der arme Mann, der von Vorgesetzten und Kollegen herzlich betrauert wird, durch einen unglücklichen Zufall ein schreckliches Ende gefunden habe. Eine behördliche Untersuchung des Unfalls ist eingeleitet worden; der Unglückliche hinterläßt eine Frau und zwei unermögene Kinder.

**Arbeiter-Bildungsschule.** In allen Schulen beginnt am 1. April ein neuer Kursus in der Koller'schen Stenographie, woraus Interessenten hiermit aufmerksam gemacht werden. Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß ein Fortbildungskursus errichtet werden soll, um Denjenigen, welche sich in der Koller'schen Stenographie ausbilden wollen, Gelegenheit zu bieten, bei möglichst geringen Beiträgen der Stenographie vollständig mächtig zu werden. Es werden daher alle Interessenten gebeten, behufs Besprechung am Sonntag, den 13. d. M., Mittags 1 Uhr, in der Dörschule zu erscheinen.

**Polizeibericht.** Am 8. d. Mts. wurde in der Gärtnerei von Weise, Pappel-Allee 86/87, unter einem Hausen von Pferdeböden ein obdachloser Arbeiter todt aufgefunden. — In derselben Zeit wurde eine Frau in ihrer Wohnung in der Schweinmünderstraße erhängt vorgefunden. — In der Nähe des Brandenburger Theaters vergiftete sich Mittags eine Frauensperson mittelst Strichn und verstarb bald darauf. — Vor dem Hause Schwedterstr. 47 wurde zu derselben Zeit ein 3-jähriger Knabe von einem Geschwulstwagen überfahren und erlitt ansehnliche innere Verletzungen. — Im Laufe des Tages fanden drei Brände statt.

## Theater.

**Thomas-Theater.** „Die Hochzeit des Kasperl“ — Pöste mit Gesang in 4 Akten nach dem Französischen von F. Zell — betitelt sich das Opus, welches sich Herr Contr. Dreher zu seiner zweiten Gastrolle gewählt hat. „Die Hochzeit des Kasperl“ ist ein leichtes Nachwerk von solch harmlosem Inhalt, daß man sich in die Zeit eines Brechauer oder Jakob Agner zurückversetzt glaubt. Die Fabel ist von durchsichtiger Einfachheit. Der Zivilingenieur Oskar Dankelmann ist Reservist und verheiratet. Von der gerade in diese Zeit fallenden Reserve-Übung läßt er sich dispensieren. Durch eine Verwechslung wird er aber desungeachtet einberufen. Statt des erwarteten Brautgarnes erwartet ihn die Reservelotterie, wo er sich mit Gewehr und Westen amüßern kann. Nachdem er wiederholt mit dem militärischen Reglement in Konflikt gerathen, verläßt er sich als Bauer und desertirt. Zum Schluß löst sich das Mißverständnis seiner Einberufung und er gelangt endlich in den unbeschränkten Besitz seiner jungen Frau. Die Pöste zählt nicht zu den besten ihrer Gattung, sie ist eine Tugendarbeit und nach bekanntem Rezept zusammen gequillt. Man nehme, so man hat, um mit Susanne Klüber zu reden — eine kleine Dosis Wit, einige Wortspiele, einige Klapphörnchen, einen Gran Handlung, viel Jokus, einige Verleumdungen und einen Ballast von nichtsfahenden allgemeinen Redensarten und die Pöste ist fix und fertig.

Trotzdem aber, daß der Inhalt dieser Pöste besser sein könnte, hat sich das zahlreich erschienene Publikum auf das Beste amüßert. Vor allem war es Dankelmann-Dreher, welcher den Vogel abgeschossen hat. Er war prächtig bei Humor und sein Koupлет „Die Manieren“ giebt allgemeinen Jubel hervor. Der Gast fand die beste Unterstützung in dem Armeelieferanten Bernhofer-Grünfeld und Gättschenberger-Wirth, auch Baron Spärling-Guthero nicht zu vergessen. Von den Damen wollen wir zuerst „Nofel“ Fräulein Weis hervorheben, welche sich durch Natürlichkeit, niedliches Aussehen und durch ihr schneidig vorgetragenes Koupлет auszeichnete. Das gleiche Lob verdient auch Fräulein Schlüter für ihre Darstellung der „Sängerin“. Ihr Liebchen trug sie reizend vor, auch ihre Sollette war allerlieblich. Auch die übrigen Darsteller und Darstellerinnen thaten nach Kräften ihre Schuldigkeit. Die Pöste wird gewiß eine Zeit lang die Räume des Thomastheaters füllen.

## Gerichts-Beitrag.

**Ungeübliche Schwierigkeiten** bereitete der III. Strafammer eine Verhandlung, die gestern gegen den Kaufmann Georg Schröder aus Odessa stattfand. Der Angeklagte, welcher deutschen Kaufleuten, die Verbindungen mit dem Auslande unterhalten, gefährlich werden kann, ist ein abenteuerlicher Mensch und mit den Strafgesetzen schon mehrfach in Konflikt gekommen. Außer wegen Körperverletzung ist er auch schon wegen Diebstahls und im Jahre 1874 zu Hamburg wegen wiederholter Unterschlagung und versuchten Todtschlags mit 6 Jahren Gefängnis vorbestraft. Der Angeklagte ließ sich Anfangs der achtziger Jahre in Odessa nieder und übernahm dort die Vertretung einer größeren Anzahl, namentlich auch deutscher Firmen. Anfangs schien er auch ganz gewissenhaft seines Amtes zu walten, vom Jahre 1884 an aber ließ er sich grobe Unregelmäßigkeiten zu Schulden kommen, und bei dem deutschen Generalkonsulate in Odessa wurde über ihn lebhaftest Klage geführt. Der Angeklagte hatte das Vertrauen mehrerer deutscher Kaufleute gründlich mißbraucht, indem er ihm zugesandte Waaren schleunigst zu Gelde machte, ohne mit seinen Auftraggebern abzurechnen. Er ließ schließlich gar nichts mehr von sich hören und seine Kommitenten hatten das Nachsehen. Auf Antrag einer Anzahl Kaufleute erließ das Berliner Amtsgericht am 23. Januar 1890 den Haftbefehl gegen ihn; einem Antrage auf Auslieferung gaben aber die russischen Behörden nicht statt, sie nahmen denselben vielmehr in Untersuchungshaft und leiteten wegen der gegen ihn vorliegenden Straftaten selbst das Strafverfahren ein. Dasselbe endete mit der Einstellung des Verfahrens, nur durch Beschluß des Odessaer Bezirksgerichts. Der Angeklagte wurde aus Rußland ausgewiesen, an der Grenze jedoch auf Grund des Haftbefehls vom 23. Januar 1890 in Haft genommen, da es sich, wie gesagt, nur um einen Beschluß, nicht aber um ein freisprechendes Erkenntnis des Odessaer Gerichts handelte. Der Angeklagte wurde nun beschuldigt im Jahre 1885 dem Kaufmann Robert Scharlach zu Chemnitz Waaren im Werthe von 704 M. und in denselben Jahre dem Kaufmann Rostermann die Valuta eines Wechsels über 748 M. unterschlagen zu haben. Ueber das Vorliegen der Unterschlagungen herrschte an sich kein Zweifel, dagegen macht der Rechtsanwalt Bronker eine ganze Reihe von präjudicialen Einwänden geltend, welche längere Erörterungen erforderten. Dazu gehörte vor Allem der Hinweis auf den Grundsatz: *Tuus in idem*, sodann mehrere Einwände, welche dem russischen Straf- und Handelsrecht entnommen waren. Nach russischem Recht trifft in solchen Fällen kaufmännischer Unterschlagung keine strafrechtliche Verfolgung ein, bevor nicht handelsgerichtlich über dieselbe entschieden ist. Nach einer anderen Bestimmung muß binnen Jahresfrist nach Aushebung der Verbindung Klage erhoben werden, sonst tritt Verjährung ein und schließlich wird nach russischem Recht ein Agent oder Kommissionär, sobald ihm die Waare zum Verkauf übertragen wird, Eigentümer derselben. Der Hauptemwand, den H. A. Bronker aber machte, war der Einwand der *Verjährung*. Laut russischen Gesetzen verjährt nämlich eine Straftat, die mit Gefängnis bestraft ist und bei welcher der Werth 300 Rubel nicht übersteigt, in zwei Jahren. Durch eine eingehende Beweisaufnahme wurde nun festgestellt, daß in allen Fällen, die dem Angeklagten zur Last gelegt wurden, die Grenze von 300 Rubel nicht überschritten, die Verjährung also eingetreten war. Staatsanwalt Nischel mußte deshalb unter dem Ausdruck des Bedauerns, daß der Angeklagte für seine erheblichen Unterschlagungen strafflos bleibt, selbst die Einstellung des Verfahrens beantragen. Er hielt es für einen Akt ungerechter Gerechtigkeit, daß der Angeklagte zwei Jahre in Untersuchungshaft

haft hat zubringen müssen. Rechtsanwalt Bronker verwies in dieser Beziehung auch noch auf den erschwerenden Umstand, daß ca. 20 Monate dieser Untersuchungshaft in russischen Gefängnissen zu verbüßen waren. — Der Gerichtshof mußte bei der Sachlage anerkennen, daß Verjährung eingetreten war und sprach aus diesem Grunde den Angeklagten frei.

## Soziale Ueberblick.

**Aus Opreußen.** In Berliner bürgerlichen Blättern befindet sich dieser Tage eine Nachricht aus dem Kreise Pilsallen, nach welchem dort größere Arbeitseinstellungen vorgekommen sein sollen. Auf eingezogene Erkundigungen ging uns folgende Nachricht zu: Die beim Bau der Bahnstrecke Ragnit-Pilsallen-Stalupönen beschäftigten Arbeiter erhalten einen Tagelohn von 90 Pf. bis 1.20 M. Die Lebensmittelpreise haben nun in diesem Jahre in Opreußen eine Höhe erreicht, wie man sie nur im Nothstandsjahre 1867 kannte; der Scheffel Roggen kostete im Jahre 1885 5 M., jetzt 9 M. Die Fleischpreise haben ebenfalls eine fabelhafte Höhe erreicht. Wer die Genügsamkeit und die Unterwürfigkeit der ostpreussischen Landarbeiter kennt, wird begreifen, daß wenn diese Leute zum Streik greifen, die Zustände, unter welchen sie leben, thätlich nicht mehr anzuhalten sein müssen. Am Donnerstag voriger Woche haben denn auch etwa 180 Arbeiter, die beim Bahnbau mit Erdarbeiten beschäftigt wurden, die Arbeit eingestellt mit der Begründung, daß es ihnen bei einem Tagesverdienst von durchschnittlich 1 M. nicht mehr möglich sei, sich arbeitsfähig zu erhalten. Auf der Schneidemühle *Maczelen* haben ebenfalls 100 Arbeiter, die hier einen Tagelohn von 80 Pf. erhalten, die Arbeit niedergelegt. Der Ausstand dauert noch an und jedenfalls wird er mit dem Siege der Arbeiter enden. Ragnit-Pilsallen ist der Wahlkreis des „Strohbach-Fliebers“ Graun Rantih; wenn nun schon Erdarbeiter nur einen Tagelohn von 1 M. erhalten, was mögen dann wohl die dort so zahlreichen schnapsdrennenden Junker ihren ländlichen Arbeitern im Winter zahlen?

In Leipzig fanden am 8. März Massenansammlungen von Arbeitlosen in Pilsallen und auf dem Marktplatz statt. Eine Deputation wurde vom Bürgermeister Tröbdtin empfangen, der den sofortigen Antritt von Notharbeiten in Aussicht stellte, z. B. Abbruch der alten Gaskanal, Beschleunigung zc. Ferner soll die Nothgärtnerei eine größere Anzahl Personen beschäftigen. Es sollen nur Leipziger, hauptsächlich Verheiratete berücksichtigt werden. Der Bürgermeister wies darauf hin, die Arbeitlosen wüchsten sich an das Armenamt an, wogegen sich aber die Deputation aussprach, da die Arbeiter dadurch ihrer politischen Rechte verlustig gehen würden. Auf die Frage des Bürgermeisters, ob denn der Masse so viel an den politischen Rechten gelegen sei, erwiderte der Sprecher der Deputation: „Wir werden lieber hungern, als unsere politischen Rechte preisgeben“, worauf der Bürgermeister erklärte, daß er dafür sorgen wolle, daß durch den Bezug von Armenunterstützung Niemandem die politischen Rechte beschritten würden. Die Haltung der Polizei war eine ruhige.

An dem Kartell der Bremer, Hamburger, Antwerpener und Rotterdammer Schiffsfahrts-Gesellschaften werden sich die englischen Gesellschaften nicht betheiligen. Sie ziehen den Nutzen daraus, indem sie die Passagierpreise gemäß den Beschlüssen des kontinentalen Kartells erhöhen, wollen aber freie Hand behalten.

In der Friedländer'schen Bierbrauerei zu Opeeln haben sämtliche Wöthcher ihr Arbeitsverhältnis gekündigt. Es wurde denselben zugemuthet, zwei Stunden täglich länger für denselben Lohn wie jetzt zu arbeiten. Zugut ist fernzuhalten. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Verbreitung des Vorstehenden gebeten.

Die gesamte Belegschaft vom Wilhelmsschacht des Duxer Kohlenvereins streikt. Am vergangenen Sonnabend wurden drei Arbeiter gekündigt, weshalb 89 Mann die Einfahrt verweigerten; als auch diesen 89 Mann gekündigt wurde, erklärten sämtliche Arbeiter der Nachschicht, sie würden vor Zurechnahme der Kündigung nicht mehr arbeiten.

Aus Dortmund wird berichtet, daß am 1. April 1000 Arbeiter beim Bau des Enskanals Beschäftigung finden werden.

Zur Sonntagruhe. Die Lübecker Handelskammer hat das Polizei-Amt ersucht, im Großhandel und im Ladenvorkehr den Schluß der Geschäftszeit für Sonntags Nachmittags 1 Uhr anzuordnen und dahin zu wirken, daß die dem öffentlichen Gottesdienst am Sonntag Vormittag gewidmete Zeit, während welcher die Läden zu schließen sind, auf die Zeit von 9 bis 10 1/2 Uhr Vormittags beschränkt werde. Die Geschäftszeit würde von 6 1/2—9 Uhr Vormittags und von 10 1/2—1 Uhr, also fünf Stunden, dauern.

## Versammlungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den dritten Berliner Reichstags-Wahlkreis hörte in seiner am 8. d. M. stattgehabten Versammlung einen Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Schulte über die Chartisten-Bewegung. Wenn von revolutionären Erhebungen gesprochen werde, meinte Redner, habe man immer nur auf Frankreich Bezug genommen, obgleich England gleichfalls große revolutionäre Bewegungen, wie die Chartisten-Bewegung, aufzuweisen habe. Die Blicke der Arbeiterwelt richteten sich seit neuerer Zeit mehr auf England, da die dortigen Verhältnisse für die kontinentale Arbeiterbewegung von großer Bedeutung seien, insbesondere jetzt, wo sich in England ein Niesenstreik vorbereite, der weit über die Grenzen des Landes hinaus von hoher Bedeutung sei, indem die Arbeiterbewegung international und jener Streik lehrreich sein werde nicht nur für die englischen Arbeiter, sondern auch für die Arbeiter aller Kulturstaaten. Auf die Chartisten-Bewegung übergehend, entrollte der Vortragende ein geschichtliches Bild dieser Bewegung unter Berücksichtigung aller dieselben bedingenden und beeinflussenden Verhältnisse. Redner folgerte aus dem Zusammenhange der Chartistenbewegung, daß eine Arbeiterbewegung, solle sie Erfolg haben, Forderungen aufstellen müsse, welche das Proletariat danern an sich zu fesseln vermöge und daß sie ihr Augenmerk auf alle politischen wie wirtschaftlichen Umstände zu richten und die Art an die Wurzel des Uebels anzulegen habe und dieses sei die privatkapitalistische Produktionsweise und die bürgerliche Gesellschaft. Diese seien zu beseitigen und an deren Stelle die sozialistische Gesellschaft zu setzen. Wenn wir in erster Linie die politische Macht erstreben, so geschähe dieses, um durch dieselbe in die Lage zu kommen, die wirtschaftliche Umgestaltung vorzugeben zu können. Der Vortrag, an den sich eine Diskussion nicht schloß, erzielte den lebhaftesten Beifall der Versammlung. Zum Punkte „Verbandsangelegenheiten“ legte Genosse Herzog die Abrechnung vom Stiftungsfeste vor. Dasselbe erbrachte einen Ueberschuß von 132 M. 40 Pf., welcher der Kasse des Wahlvereins überlassen wurde. Arbeitslose Mitglieder können Stundung der Vereinsbeiträge durch den Vorstand erhalten. Die Arbeiter-Bildungsschule wurde dem Interesse der Genossen dringend empfohlen und die Versammlung nachdem geschlossen.

In sozialdemokratischen Wahlverein für den vierten Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am 7. März Reichstags-

Abgeordneter Herzog einen Vortrag, in welchem er in interessanter Weise die geschichtliche Aufgabe der Arbeiterklasse behandelte. Er gab einen historischen Rückblick über die Entwicklung der Produktion und der dieser entsprechenden politischen und Rechtszustände, um dann nachzuweisen, wie die heutige Arbeiterbewegung mit ihren Zielen nothwendig aus dem jetzt herrschenden Produktions- und Austauschverhältnissen, dem durch das Dominiren des privaten, großen Kapitals charakterisirten Gesellschaftsbau, hervorgehen mußte. Der Vortrag fand großen Beifall. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen. Der Referent verlas dann noch die bekannte sozialistische Rede, welche der Professor Amici vor seinen Studenten in Turin gehalten hat, daran die Betrachtung knüpfend, daß es, wie dies ein Beispiel unter vielen zeige, das Schicksal der Bourgeoisie sei, aus ihren Reihen dem Sozialismus immer neue und dazu mit der Macht des Wissens ausgestattete Kämpfer zuzuführen, was einer Schwächung ihrer selbst gleichkomme. Zum Kassirer für den Osten wurde Genosse W. D o d, Friedrichsbergerstraße 11, gewählt.

Eine große öffentliche sozialdemokratische Wähler-Versammlung tagte am 6. März Mittags, um vornehmlich die Genossen von Friedrichsberg, Eichenberg und Wilschensberg zur Aussprache über die Kandidaten zur Gemeindevahl und Aufstellung von Arbeiterkandidaten dazu zu veranlassen. Der stattliche Saal des „Schwarzen Adlers“ war bis auf den letzten Platz dicht gefüllt. An Stelle des Reichstags-Abgeordneten Herzog sprach in etwa einstündigem, mit reichem Beifall belohnten Vortrage Genosse Franz Lehrendt über das neue Stillschließengesetz, die „lex Heinze“. Der Redner beleuchtete den Entwurf dieses Gesetzes in eingehender Weise und kam zu dem Ergebnis, daß nur die Verwirklichung der menschenwürdigen Ziele der Sozialdemokratie endgiltig Noth und Laster und damit die „hohen“ und niederen Zustände aus der Welt schaffen und Weib und Mann dem naturgemäßen Verufe zuführen werde, für den Nächsten zu leben und in seinem Glück und Wohlbedinden das eigene mitbegründen zu helfen. Den Siegeslauf der Sozialdemokratie hielten nicht Bättel und Talar, nicht Mäxter und Pfaster auf. Die Diskussion war sehr reger und bewegte sich in der Hauptsache im Sinne des Referenten. Man schritt darauf zur Aufstellung der Kandidaten zur Gemeindevahl. Es ward betont, daß man diesmal von Grundbesitzern Abstand nehmen und Leute wählen wolle, die für die arbeitende Bevölkerung Verständnis, Herz und Muth hätten und auch über die nöthige Redegabe verfügten. Von unansässigen Bürgern der in Frage kommenden Orte habe man einstweilen abgesehen, dieselben gepörrt und davon zwei, die Genossen Oskar Schulze und Bernhard Lange, als erprobte Genossen in Vorschlag gebracht. Beide wurden darauf einstimmig von der Versammlung gewählt und versprochen unter lebhaftem Beifall der Genossen, die ihnen gewordenen vorläufig noch ebenso schwere als ehrenhafte Aufgabe nach bestem Wissen und Können immerdar treu und gewissenhaft im Sinne ihrer Wähler zu erfüllen. Es wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß von etwa 2300 in Frage kommenden Wählern aus dem Arbeiterstande recht wohl die Kandidaten dieser stärksten Klasse durchgebracht werden könnten. Unter Verschiedenem machte Genosse S a j a r u s auf die Genossenschaftsbücherei aufmerksam und forderte zur Theilnahme an derselben auf. Genosse D a n e b e i l mahnt zum Abonnement auf das „Volksblatt“. Mit beaufenden Hochs auf die Sozialdemokratie schloß die Versammlung.

Der Banarbeiter-Verein der Rosenthaler Vorstadt faßte in seiner Sitzung am 28. Februar in Betreff der beim letzten Wechseln des Vereinslokals vorgekommenen zu hohen Unkosten einstimmig folgenden Beschluß:

„Die Versammlung erklärt sich mit der Abrechnung für Monat November einverstanden. Sie ist der Meinung, daß in Zukunft Ausgaben, wie beim letzten Umzuge, nicht ohne Genehmigung der Versammlung gemacht werden dürfen.“

Unter Verschiedenem empfahl Kollege S a j m a n n die Anschaffung des Vereins-Gesetzes, was von der Versammlung einstimmig angenommen wurde.

**Arbeiter-Sängerbund Berlin und Umgegend.** Aufschußung am 28. Februar. Der erste Punkt der Tagesordnung wurde durch Ausnahme von drei Vereinen erledigt. Der Liedabend des Bundes findet am 18. März im Saale der Altienbrauerei Friedrichshain statt, sofern nicht von der Lokalkommission eine Abänderung vorgenommen wird. Das Arrangement ist in der Weise geregelt, daß 15 Piecen von einzelnen Vereinen resp. Gruppen ausgeführt werden; dieselben sind ausgelost. Der Vorstand hat zur Veranstaltung eines großen Arbeiter-Gesangsfestes in der Umgegend Berlins Schritte zu thun. Da vorwiegend Vereine Ausflüge nach Ludow zum Sommer planen, so wurden diese aufmerksam gemacht, daß dortige Gasthaus zur Märkischen Schweiz aus bekannten Gründen zu meiden. Ein Verein, welcher angefragt war, anzeigend Berlin ein öffentliches Konzert unangemeldet veranstalten zu haben, hat den Prozeß verloren und sämtliche Kosten zu tragen. Der Ausschuß bewilligte ihm 40 M. aus der Bundeskasse. Im Allgemeinen wurde den Vereinen empfohlen, bei Veranstaltung von Vergnügungen mehr Vorsicht walten zu lassen. In einem Schreiben, welches zur Verlesung kam, wird den Mitgliedern des Arbeiter-Sängerbundes der Vorwurf gemacht, daß dieselben wohl Arbeiterlieder singen, aber nicht darnach handeln. Ob dies auf Wahrheit beruht, kann der Bund als solcher nicht untersuchen, da derselbe sich nicht mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen darf; jedoch ist anzunehmen, daß der Vorwurf nur Einzelheiten zur Grundlage hat. Ein Vertreter beklagte sich, daß Berufsmusiker für einzelne Vereine zu theuer seien. Durch Verlesung des Tarifs wurde das widerlegt und werden die Vereine im Interesse der Solidarität ersucht, im Bedarfsfalle sich nur an die Freie Vereinigung der Zivil-Verfassungsmusiker zu wenden.

Die Freie Vereinigung der Vergolderinnen nahm in ihrer letzten Generalversammlung die Kassen-Abrechnung entgegen; dieselbe stellte sich folgendermaßen: Einnahme 149 M. 10 Pf., Ausgabe 13 M. 20 Pf., Ueberschuß 135 M. 90 Pf. Der Kassirerin wurde Decharge erteilt. Kollege Schuller berichtete dann über die Verhandlungen der Generalversammlung zu Köln und besprach einige wichtige Paragraphen des Statuts. Hieraus wurde nach einer kleinen Debatte einstimmig beschlossen, die Freie Vereinigung aufzulösen und dem deutschen Vergolderverband beizutreten. Hinsichtlich der Theilung des Vermögens entschied man sich dahin, 30 M. den ausgesperrten Handbuchmachern in Friedrichshagen, 30 M. den ausgesperrten Buchdruckern und 20 M. einem Kollegen, welcher durch Krankheit seiner Familie schwer zu kämpfen hat, zu überweisen. Vom übrigen Theil des Vermögens sollen allen Mitgliedern, welche spätestens Montag, den 21. März, ihren Verbindungen nachgetreten sind, die Aufnahmegebühren zum Verband erstattet werden. Der Rest des Vermögens fällt dem Unterstützungsfonds der im Vergolder- und verwandten Gewerben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands zu. Die Vorstehende forderte die Anwesenden nach, regt dahin zu agitiren, daß alle im Gewerbe beschäftigten Arbeiterinnen dem Verbande beitreten. Am 21. März in der Versammlung bei Scheffer erfolgte die Aufnahme in den Verband. Ferner wurden alle Kollegen ersucht, die Zeitung in die Hände ihrer Kolleginnen gelangen zu lassen, um über den Beschluß der heutigen Versammlung Aufklärung zu schaffen.

Die Freie Vereinigung der in der Papierindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend hörte am 29. Februar einen Vortrag des Herrn Dr. F e h l a u e r, in welchem derselbe interessante Ausführungen über die Ernährungsarten verschiedener Völkerschaften und eine allgemeine Uebersicht der Nährstoffe, sowohl der Fleisch- wie der Pflanzenkost gab. An den Vortrag schloß sich eine interessante Diskussion. Zur Regelung des Arbeitsnachweises wurde dann

